Der Wettlauf zwischen Krieg und Frieden

Die europäische Krise 1938

dargestellt an Hand von Dokumenten

Von Dr. J. Schäfer

Sonderdruck aus der Kölnischen Zeitung

Köln 1939

Der Wettlauf zwischen Krieg und Frieden

Die europäische Krise 1938

dargestellt an Hand von Dokumenten

Von Dr. J. Schäfer

Preis 30 Pfennig

Quellenangabe

Herangezogen worden sind in- und ausländische Zeitungen, Zeitschriften, Reden, amtl. Veröffentlichungen, Broschüren, insbesondere die Monatshefte für auswärtige Politik, vor allem das Oktober- und Novemberheft, Völkerbund (Zeitschrift für internationale Politik, VIII. Jahrgang), Parliamentary Debates (Fifth Series-Volume 339, London, Printed and Published by His Majesty's Stationery Office), Miscellaneous Nr. 7 u. 8, 1938, Cmd. 5847 u. 5848, London (Engl. Weißbuch), La Bataille pour la Paix (Dokumentensammlung des Temps, Paris, für die Zeit vom 10. September bis 5. Oktober), Histoire secrète de la conciliation de Munich von Alfred Fabre-Luce, Editions Bernard Grasset, Paris, und Sonderarbeiten von unsern Vertretern in London und Paris, Dr. Hans Rörig und Oskar Richardt.

Vorwort

Neunzehnhundertachtunddreißig wird eins der denkwürdigsten Jahre der deutschen Geschichte bleiben. Durch die kluge und zielbewußte Außen- und Wehrpolitik des Führers und durch das im Nationalsozialismus geeinte Volk ist Großdeutschland geschaffen und so der Traum der besten Deutschen verwirklicht worden. Nach Österreich konnte das Sudetenland ins Reich zurückkehren, wodurch das mit Füßen getretene Selbstbestimmungsrecht der Völker in diesen Gebieten wiederhergestellt worden ist. Damit ist das zentraleuropäische Problem im deutschen Sinne gelöst und die französische Hegemonie über Europa, die sich auf Versailles stützte, ohne Schwertstreich zerschlagen worden — ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung!

Die schwere Krise des Jahres 1938, in deren Verlauf Europa durch die tschechische Politik an den Rand des Krieges gebracht worden war, ist in der Kölnischen Zeitung zur Jahreswende an Hand von Dokumenten unter der Überschrift „Der Wettlauf zwischen Krieg und Frieden“ ausführlich dargestellt worden. Die Ausführungen fanden allgemein große Beachtung. Von verschiedenen Seiten wurde die Anregung gegeben, diese Darstellung in einer Broschüre zusammenzufassen. Diesem Wunsch kommen wir hiermit nach.

Köln, Anfang Januar 1939.

Verlag und Hauptschriftleitung der Kölnischen Zeitung

Inhalt

Seite

Recht gegen Unrecht

In der Nachkriegszeit war der europäische Friede niemals so gefährdet wie im Jahre 1938. Wir alle haben in den Tagen und in den Stunden der akuten Spannungen den Flügelschlag des Schicksals verspürt und im Geiste bereits die Apokalyptischen Reiter über Europa gesehen. Alle, diesseit und jenseit des Rheins, südlich der Alpen und nördlich des Kanals, fragten sich, was der nächste Tag oder die kommende Nacht bringen werde. Ja die Welt schien zeitweise für einen Augenblick den Atem anzuhalten und sah voll Sorge auf das alte Europa, das dicht vor einem neuen Krieg stand, obwohl es die Folgen des Weltkrieges noch keineswegs überwunden hat.

Mit dem vierjährigen Völkerringen standen die neuen Gefahren für Europa im engsten Zusammenhang; sie waren die Folge der Friedensdiktate, die einen gigantischen Kampf beenden sollten. Statt dessen jedoch setzten sie ihn mit andern Mitteln fort. Ungerechtigkeiten sollten einen „gerechten" Frieden schaffen, was niemals in der Geschichte möglich gewesen ist. Die Sieger des Weltkriegs glaubten im Gegensatz zu allen Erfahrungen, daß man die Unterlegenen ewig am Boden halten könne. Es wurde weder, wie versprochen, allgemein abgerüstet noch auch von der Revisionsmöglichkeit, die sogar in den Satzungen des Völkerbundes vorgesehen war, Gebrauch gemacht. Viele Länder rüsteten weiter. Über Europa wurde ein politisches Paktsystem geworfen — an erster Stelle zur Einkreisung Deutschlands. Bar jeder Vernunft und Erfahrung, sahen die Vertreter dieser Politik darin ihr eignes Heil und das Europas, obwohl jeden Tag offenbarer wurde, daß die im Kriegshaß entstandenen politischen Pläne und Konstruktionen immer fragwürdiger wurden und neue Kräfte gestaltend in die europäische Politik eingriffen. Besonders vernebelnd wirkten ideologische Zielsetzungen, die von der unter dem Einfluß der Volksfrontmystik stehenden Innenpolitik mancher Länder auf die Außenpolitik übertragen wurden und in manchen Gehirnen geradezu eine neue Kreuzzugsstimmung hervorriefen. Dabei erlebte man oft genug das einzigartige Schauspiel, daß sogenannte Pazifisten die ideologische Streitaxt

besonders lebhaft schwangen. Europa zerfiel in zwei große Lager, in das autoritäre und in das demokratische. Von dem einen wurden Verbindungen nach dem Fernen Osten hergestellt, während das andre die Neue Welt, die Vereinigten Staaten, umwarb. Auch erlebte man, wie sich Demokratien mit der kommunistischen Diktatur verbanden, angeblich um die demokratischen Grundsätze zu retten, in Wirklichkeit jedoch, um die Einkreisung Deutschlands zu erhalten und zu verstärken.

Umsonst. Die Wehr- und Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschlands und des faschistischen Italiens haben das Versailler System aus den Angeln gehoben und so das Gesicht Europas verändert, neue Tatsachen geschaffen, die, wie immer im menschlichen Leben, an erster Stelle dazu angetan sind, auch die geistige und psychologische Einstellung der Beteiligten wie der Zuschauer zu erfassen und zu beeinflussen. Die geistige Haltung der Menschen läßt sich meistens schwerer ändern als die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch hierfür liefert das an großen politischen Ereignissen so reiche Jahr 1938 drastische Beispiele. Viele Menschen, besonders in den sogenannten gesättigten Ländern, glauben, es müsse alles so bleiben, wie es gestern war, während bei andern der Wille zur Änderung und der Einsatz für einen gerechtern Ausgleich die treibenden Kräfte sind. Wer das Recht auf seiner Seite hat und wer vor allem über die Machtmittel verfügt und von dem Willen beseelt ist, es zu verteidigen oder zu erzwingen, wird Erfolg haben, auch wenn diejenigen, die das Unrecht verteidigen, auf ihr vermeintliches Recht pochen. Schließlich kann man auch in dieser politischen Welt nicht für die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts die Völker mobilisieren und nur kurze Zeit später dieselben Kräfte aufrufen, um gegen dies Selbstbestimmungsrecht zu Felde zu ziehen. Jeder, der kämpfen soll, muß eine Parole haben und ein Ziel vor sich sehen, für das es lohnt, sich zu schlagen.

Betrachtet man von diesen allgemeinen politischen Gesichtspunkten aus die europäische Krise des Jahres 1938, so sollte man meinen, daß die Welt mehr Verständnis hätte für die „Berichtigung eines Irrtums der Friedensverträge", wie der britische Schatzkanzler dieser Tage das Münchner Abkommen in der Abwehr der Kritik Lloyd Georges genannt hat. Aber es war mehr als ein Irrtum der Friedensverträge, der berichtigt wurde: Ein Unrecht der Gewaltpolitik der Friedensdiktate ist wieder gutgemacht worden. Europa hat einen politischen Erdrutsch erlebt, der die europäischen Hegemoniebestrebungen Frankreichs vereitelt hat.

Vorspiel

Die Zusammenfassung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kräfte in Deutschland am 4. Februar und vor allem die Rede des Führers und Reichskanzlers im Reichstag am 20. Februar ließen erkennen, daß die Führung bereit war, wie bisher die deutschen Interessen in der Welt unter allen Umständen zu vertreten. Der Führer hat damals seine Auffassung über die ungerechte Behandlung deutscher Minderheiten noch einmal klar zum Ausdruck gebracht und damit nach Lage der Dinge eine deutliche Warnung insbesondere nach Prag gerichtet. Seine warnenden Worte, an die er auch in seiner Schlußrede auf dem Nürnberger Parteitag am 12. September erinnerte, lauteten folgendermaßen:

„Über eines aber darf in unsern Augen kein Zweifel bestehen. Die staatsrechtliche Trennung vom Reich kann nicht zu einer volkspolitischen Rechtlosmachung führen, das heißt, die allgemeinen Rechte einer volklichen Selbstbestimmung, die übrigens in den vierzehn Punkten Wilsons als Voraussetzung zum Waffenstillstand feierlich uns zugesichert worden sind, können nicht einfach deshalb mißachtet werden, weil es sich hier um Deutsche handelt.

Es ist auf die Dauer für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus ihrer Sympathie oder ihrer Verbundenheit mit dem Gesamtvolk, seinem Schicksal und seiner Weltauffassung fortgesetzt schwerstes Leid zugefügt wird!

Wir wissen genau, daß es eine alle befriedigende Grenzziehung in Europa kaum gibt. Allein um so wichtiger wäre es, unnötige Quälereien von nationalen Minoritäten zu vermeiden, um nicht zum Leid des politischen Getrenntseins auch noch das Leid der Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volkstum hinzuzufügen. Daß es möglich ist, bei einem guten Willen hier Wege des Ausgleichs und der Entspannung zu finden, ist erwiesen worden. Wer aber eine solche Entspannung durch einen Ausgleich in Europa mit Gewalt zu verhindern versucht, der wird eines Tages die Gewalt zwangsläufig unter die Völker rufen! Denn es soll nicht bestritten werden, daß, solange Deutschland selbst ohnmächtig und wehrlos war, es viele dieser fortgesetzten Verfolgungen der deutschen Menschen an unsern Grenzen einfach hinnehmen mußte.

Allein so wie England seine Interessen über einen ganzen Erdkreis hin vertritt, so wird auch das heutige Deutschland seine wenn auch um so viel begrenztern Interessen zu vertreten und zu wahren wissen.

Und zu diesen Interessen des Deutschen Reichs gehört auch der Schutz jener deutschen Volksgenossen, die aus eignem nicht in der Lage sind, sich an unsern Grenzen das Recht einer allgemeinen menschlichen, politischen und weltanschaulichen Freiheit zu sichern!“

Alle verstanden diese Worte, nur diejenigen nicht, die es an erster Stelle anging, nämlich die verantwortlichen Politiker in Prag. So erklärte der tschecho-slowakische Ministerpräsident Dr. Hodscha Anfang März im Abgeordnetenhaus und im Senat, daß man nach dem Urteil der tschecho-slowakischen Regierung die Worte des Führers nicht auf die Tschecho-Slowakei zu beziehen brauche, und zwar deswegen nicht, weil man von den deutschen Bürgern der Republik nicht sagen könne, daß sie aus eigner Kraft nicht imstande wären, sich ihr Recht zu sichern. Es könnte jedoch die Anschauung entstehen, daß der Reichskanzler an den Schutz der Deutschen auch in der Tschecho-Slowakei denke. Ein in diesem Sinne formulierter Standpunkt wäre ein Eingriff in die innern Angelegenheiten der Tschecho-Slowakei. Es wäre ein sehr schlechter Dienst an der weitern Entwicklung der Angelegenheit in Mitteleuropa und an den Beziehungen zwischen der Tschecho-Slowakei und dem Deutschen Reich, wenn hier nicht sehr klar gesagt würde, daß die Tschecho-Slowakei niemals und unter keinen Umständen einen Eingriff in ihre innerpolitischen Angelegenheiten zulassen könne. Die tschecho-slowakische Regierung lasse daher niemand im Zweifel darüber, daß die Bevölkerung dieses Staates sämtliche Attribute ihrer staatlichen Selbständigkeit mit allen ihren Kräften, falls sie berührt würden, verteidigen würde. Eine derartige Politik der Sophisterei und der Verblendung mußte, wenn sie fortgeführt wurde, zu der tschechischen Krise führen. Obwohl manche Stimme, auch außerhalb Deutschlands, die Tschecho-Slowakei auf ihre große Verantwortung hinwies, blieb sie bei ihrer renitenten Haltung, wobei sie sich in Verkennung der wirklichen internationalen politischen Lage allzusehr auf ihre Verträge mit Frankreich und Räterußland verließ.

Auch nach den denkwürdigen Märztagen, in denen die deutsche Ostmark heim ins Reich geführt wurde und in denen sich die Achse Berlin—Rom in glänzender Weise bewährt hat, so daß alle weitern internationalen Komplikationen vermieden wurden, lernte man auf der Prager Burg nichts hinzu. (Der kurze, aber vielsagende Telegrammwechsel zwischen Musso-

lini und Hitler am 13. und 14. März ist noch in aller Erinnerung: „Mussolini, ich werde Ihnen dieses nie vergessen", und „Meine Haltung ist bestimmt von der in der Achse besiegelten Freundschaft zwischen unsern beiden Ländern".) Das entschlossene und schnelle Handeln des Führers im Falle Österreichs hat eine Katastrophe verhindert, die in ihren Ausmaßen und Opfern hätte unabsehbar werden können.

In der tschechischen Krise hat die Auffassung und die Politik Großbritanniens von Anfang an eine große Rolle gespielt. Immer wieder hat man in England auf die Rede Bezug genommen, die der Erste Minister Chamberlain am 24. März im Unterhaus über die auswärtige Politik und insbesondere über die „automatischen" Verpflichtungen Englands im Falle einer militärischen Verwicklung gehalten hat. Die Stelle, die von besonderer Bedeutung ist, lautete:

„Ich halte es für richtig, hier das Haus daran zu erinnern, welches unsre bestehenden Verpflichtungen sind, die uns zu dem Gebrauch unsrer Waffen für andre Zwecke als den unsrer eignen Verteidigung und der Verteidigung von Gebieten andrer Teile des britischen Staatenbundes führen könnten. Das ist zu allererst die Verteidigung Frankreichs und Belgiens gegen unprovozierte Angriffe in Übereinstimmung mit unsern nach dem Locarno-Pakt bestehenden Verpflichtungen, wie sie in der in London am 19. März 1936 getroffenen Reglung erneut bestätigt worden sind. Ebenso haben wir vertragliche Verpflichtungen gegenüber Portugal, Irak und Ägypten. Dies sind unsre definitiven Verpflichtungen gegenüber bestimmten Ländern. Es bleibt ein andrer Fall, in dem wir zu den Waffen zu greifen haben könnten, ein Fall von allgemeinerm Charakter, aber von nicht geringerer Bedeutung. Es ist der unter der Völkerbundsatzung auftauchende Fall, der von dem frühern Minister des Äußern (Eden) mit folgenden Worten genau definiert wurde: »Überdies können unsre Rüstungen benutzt werden, um einem Opfer eines Angriffs in jedem Falle Hilfe zu bringen, in dem dies nach unserm Urteil auf Grund der Völkerbundsatzung angemessen wäre.« Der Fall könnte zum Beispiel die Tschecho-Slowakei einschließen. Der frühere Minister des Äußern fuhr damals fort: »Ich gebrauche das Wort „können" absichtlich,

da in einem solchen Fall keine automatische Verpflichtung zu einer militärischen Aktion besteht.

Es ist überdies gut, daß sich dies so verhält, da man von Staaten nicht erwarten kann, daß sie automatische militärische Verpflichtungen eingehen, außer für Gebiete, wo ihre Lebensinteressen betroffen sind.« Die britische Regierung steht zu diesen Erklärungen.

Es entsteht jetzt die Frage, ob wir über die in der Völker-

bundsatzung niedergelegten Grundsätze hinausgehen sollen. Sollen wir sofort eine Zusicherung an Frankreich geben, für den Fall, daß Frankreich durch einen deutschen Angriff auf die Tschecho-Slowakei gezwungen würde, seine Verpflichtungen aus dem französisch-tschecho-slowakischen Vertrag zu erfüllen, sofort unsre gesamte militärische Streitkraft zugunsten Frankreichs anzuwenden? Oder sollen wir sofort unsre Bereitwilligkeit erklären, militärische Maßnahmen zu treffen, um einer gewaltsamen Einmischung in die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Tschecho-Slowakei Widerstand zu leisten, und andre Nationen auffordern, mit uns zusammen eine derartige Erklärung abzugeben? Aus der Erwägung dieser beiden Alternativen geht bereits hervor, daß die Entscheidung, ob England sich an einem Kriege beteiligen soll, nicht mehr der Regierung überlassen bliebe, und die angeregte Bürgschaft würde, gleich wie die Umstände seien, wodurch sie in Kraft gesetzt würde, derart sein, daß die Regierung keine Kontrolle darüber ausüben könne. Diese Lage sei nicht derart, daß die Regierung die Möglichkeit sehe, sie in bezug auf ein Gebiet anzuwenden, wo ihre lebenswichtigen Interessen nicht in demselben Maße berührt würden wie im Falle Frankreichs und Belgiens. Es sei bestimmt nicht die Lage, die sich aus der Völkerbundsatzung ergebe. Aus diesen Gründen sei die britische Regierung außerstande, im voraus die angeregte Bürgschaft zu geben. Aber indem ich diese Entscheidung mitteile, möchte ich hinzufügen: Wo Friede und Krieg in Frage kommen, handelt es sich nicht allein um gesetzliche Verpflichtungen, und wenn ein Krieg in der Welt ausbrechen würde, so würde er höchstwahrscheinlich nicht auf diejenigen beschränkt bleiben, die solche Verpflichtungen angenommen hätten."

Die Karlsbader Forderungen Henleins

Der Führer der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, benutzte die Haupttagung der Partei in Karlsbad zu einer Kundgebung am 24. April, in der er das von dem tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Hodscha angekündigte „Minderheitenstatut" als Scheinlösung der sudetendeutschen Frage ablehnte und folgende Staats- und Rechtsordnung forderte:

„1. Herstellung der vollen Gleichberechtigung der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volk;

2. Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit zur Wahrung dieser gleichberechtigten Stellung im Staat;

3. Feststellung und Anerkennung des sudetendeutschen Siedlungsgebiets;

4. Aufbau einer sudetendeutschen Selbstverwaltung im sudeten-

deutschen Siedlungsgebiet in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, soweit es sich um die Interessen und Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe handelt;

5. Schaffung gesetzlicher Schutzbestimmungen für jene sudetendeutschen Staatsangehörigen, die außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebiets ihrer Volksgruppe leben;

6. Beseitigung des dem Sudetendeutschtum seit dem Jahr 1918 zugefügten Unrechts und Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden;

7. Anerkennung und Durchführung des Grundsatzes: Im deutschen Gebiet deutsche öffentliche Angestellte;

8. Volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung."

Konrad Henlein wies noch darauf hin, daß er, obwohl er dazu berechtigt sei, *keine weitern Ansprüche* stelle, um vor der Welt den Beweis zu erbringen, daß das Sudetendeutschtum trotz aller bittern Erfahrungen bereit sei, durch Beschränkung seiner Ansprüche einen aufrichtigen und ernsten Beitrag zur Erhaltung und Festigung des Friedens zu leisten. Er schloß mit einem Bekenntnis zu den *nationalsozialistischen Grundauffassungen* des Lebens, die das ganze Fühlen und Denken der Sudetendeutschen erfüllten und nach denen sie ihr Leben im Rahmen der Gesetze gestalten wollten.

Da die Spannungen zwischen der Sudetendeutschen Partei und Prag einerseits und damit auch zwischen Berlin und Prag immer mehr zunahmen, setzte ein *lebhaftes Spiel internationaler diplomatischer Verhandlungen* ein.

Vom 27. bis 29. April waren der französische Ministerpräsident Daladier und der Minister des Auswärtigen Bonnet in London.

Bei den Beratungen standen die französisch-britischen Beziehungen und vor allem das tschecho-slowakische Problem im Vordergrund. In der amtlichen Mitteilung wurde allerdings nur gesagt, daß die Minister ihre volle Aufmerksamkeit der Lage in Mitteleuropa zugewandt hätten und im allgemeinen über die Aktion übereinstimmten, die sich wahrscheinlich als die beste erweisen würde, um die Probleme dieses Gebiets friedlich und gerecht zu lösen. Der von Frankreich unternommene Versuch, England zu weitern Verpflichtungen zu bewegen, war nicht gelungen; die britische Regierung blieb vielmehr auf dem Standpunkt stehen, wie er in der Erklärung Chamberlains vom

24. März (siehe S. 11) ausführlich dargelegt worden war. Daladier erneuerte seine Zusage, daß Frankreich der Tschecho-Slowakei zu Hilfe kommen werde, falls diese angegriffen werde. Man kam überein, sich weiter für eine friedliche Reglung einzusetzen. Auf Grund der Londoner Verhandlungen sprach am 7. Mai der britische Gesandte in Prag — ebenso später der französische Gesandte — bei dem tschecho-slowakischen Minister des Auswärtigen Krofta vor. Er versicherte ihn des freundschaftlichen Interesses seiner Regierung und deren Bereitwilligkeit, bei einer Lösung mitzuhelfen. Zugleich jedoch teilte er ihm auch mit, daß seine Regierung von der Prager Regierung Zugeständnisse bis zur äußerst möglichen Grenze erwarte. Die Prager Regierung erklärte in ihrer Antwort an London und Paris, den Wünschen der beiden Regierungen gemäß handeln zu wollen. Noch während des historischen Besuchs des Führers in Italien (Anfang Mai) teilte der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, dem Auswärtigen Amt mit, daß England die erwähnten Vorstellungen in Prag erhoben habe. Diese Mitteilung wurde am 12. Mai gegenüber dem Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop nach seiner Rückkehr aus Rom noch einmal wiederholt. Am selben Tag kam Konrad Henlein in London zu einem privaten Besuch an. Er hatte Besprechungen mit mehrern Mitgliedern des Pariaments, darunter Winston Churchill und Sir Archibald Sinclair. Bei einer privaten Gelegenheit traf er auch den diplomatischen Hauptberater der Regierung, Sir Robert Vansittart. Henlein, der der englischen Presse gegenüber betonte, er sei von sehr alten Freunden nach London eingeladen worden, hatte auch eine wichtige Unterredung mit dem tschecho-slowakischen Gesandten in London, Jan Masaryk. Diese Unterredung ist wohl die erste Gelegenheit gewesen, bei der Henlein in der Lage war, seine Auffassungen persönlich einem amtlichen Vertreter der Prager Regierung darzulegen. Er kehrte am 14. Mai nach der Tschecho-Slowakei zurück.

Mobilmachung auf Gerüchte

Die Ereignisse nahmen eine gefährlichere Wendung. Wie schon oft im Leben der Völker, spielten dabei Gerüchte eine ausschlaggebende Rolle. In Prag und in der Tschecho-Slowakei wurde das Gerede verbreitet, daß deutsche Truppen sich nach der tschecho-slowakischen Grenze bewegten. Daraufhin wurde am 21. Mai in der Tschecho-Slowakei eine Jahresklasse „zu

Übungszwecken und zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Grenzgebieten" eingezogen. Der britische und der französische Botschafter in Berlin gerieten in ziemliche Aufregung, so daß schon den in Deutschland sich aufhaltenden Engländern und Franzosen zum Teil der Rat gegeben wurde, Deutschland umgehend zu verlassen. Entsprechende Vorkehrungen waren auch bereits getroffen worden. Wegen der allgemeinen, allerdings ganz unberechtigten Aufregung trat sogar das englische Kabinett an einem Sonntag, dem 22. Mai — ein seltener Fall —, zusammen. Am 23. Mai gab der Erste Minister Chamberlain im Parlament folgende Erklärung über die Vorgänge an den vorangegangenen Tagen ab:

„Am 19. Mai begannen Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen in der Richtung auf die tschecho-slowakische Grenze umzulaufen. Die deutsche Regierung teilte dem britischen Botschafter in Berlin am folgenden Tag mit, daß diese Gerüchte unbegründet seien; sie gab der tschecho-slowakischen Regierung eine ähnliche Erklärung ab. Am 20. Mai erfolgte eine Reihe ernster Zwischenfälle in der Tschecho-Slowakei. Am Morgen des 21. Mai teilte die tschecho-slowakische Regierung mit, daß sie eine Jahresklasse zu Übungszwecken und zum Zweck der Aufrechterhaltung der Ordnung in den Grenzgebieten aufrufe. Am selben Tag erfolgte ein unglücklicher Zwischenfall, bei dem zwei Sudetendeutsche in der Nähe der Grenze ums Leben kamen. Die genauen Einzelheiten dieses Zwischenfalls sind noch nicht ganz klar. Der tschecho-slowakische Minister für auswärtige Angelegenheiten unterrichtete den deutschen Gesandten über diesen Zwischenfall und teilte ihm mit, daß gegen die Verantwortlichen disziplinarische Maßnahmen ergriffen würden. Am selben Tag (21. Mai) erhielt der britische Botschafter in Berlin von der deutschen Regierung weitere Zusicherungen, daß die Gerüchte von deutschen Truppenbewegungen völlig unbegründet seien. Der tschecho-slowakische Minister des Auswärtigen teilte dem britischen Gesandten in Prag am 21. Mai mit, daß Konrad Henlein eine förmliche Einladung erhalten habe, um über das Nationalitäten-Statut zu verhandeln, das am 19. Mai von der tschecho-slowakischen Regierung gebilligt worden sei. Aber an demselben Tag wurde in der sudetendeutschen Presse angekündigt, daß der politische Ausschuß der Sudetendeutschen Partei beschlossen habe, dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, daß die Partei nicht in der Lage sei, das Nationalitäten-Statut zu erörtern, bis Friede und Ordnung in den Sudetengebieten und vor allem die verfassungsmäßigen Rechte der Freiheit der Presse und der Versammlungsfreiheit verbürgt seien. Ich höre jedoch, daß Konrad Henlein den tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten entweder heute abend oder morgen sehen wird.

Angesichts dieser Lage geht das Hauptbestreben der britischen Regierung dahin, ihren ganzen Einfluß auszuüben, um, soweit es ihr möglich ist, Zurückhaltung in Wort und Tat herbeizuführen und dabei gleichzeitig den Weg für friedliche Verhandlungen über eine befriedigende Reglung offenzuhalten. Mit diesem Ziel hat sie der tschecho-slowakischen Regierung die Notwendigkeit dargelegt, jede Vorsichtsmaßnahme zu ergreifen, um Zwischenfälle zu vermeiden und alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um eine umfassende und dauernde Reglung durch Verhandlungen mit den Vertretern der Sudetendeutschen Partei zu erreichen. Dabei hat die britische Regierung die volle Zusammenarbeit mit der französischen Regierung gefunden. Die tschecho-slowakische Regierung hat auf diese Vorstellungen hin mit der Zusicherung geantwortet, daß sie das Interesse würdige, das die britische Regierung in dieser Frage gezeigt habe, und daß sie entschlossen sei, eine baldige und völlige Lösung zu suchen. Die britische Regierung hat der deutschen Regierung die dringende Bedeutung dargelegt, eine Reglung zu erreichen, wenn der europäische Friede gesichert werden soll, und sie hat ihren ernsten Wunsch ausgedrückt, daß die deutsche Regierung mit ihr zusammenarbeiten möge, um ein Abkommen zu erleichtern. Die britische Regierung hat zur selben Zeit der deutschen Regierung den Rat, den sie in Prag vorgebracht hat, und die von der tschecho-slowakischen Regierung erhaltenen Zusicherungen mitgeteilt. Der Reichsminister des Auswärtigen erklärte, daß er die von der britischen Regierung gemachten Bemühungen willkommen heiße und daß die deutsche Regierung den Wunsch der britischen Regierung nach einem Erfolg der Verhandlungen voll und ganz teile. Im Augenblick scheint die Lage etwas erleichtert, und wie ich höre, sind die Wahlen gestern ruhig und ohne Zwischenfall verlaufen."

Die angebliche deutsche Truppenbewegung nach der tschecho-slowakischen Grenze hin wurde trotz aller Erklärungen von großen Teilen der Presse des Auslandes doch zu einer Brunnenvergiftung benutzt. Noch Anfang Juni berichtete beispielsweise die gesamte Pariser Presse über Besprechungen im Auswärtigen Ausschuß der Kammer, die bekanntlich nicht öffentlich sind, und insbesondere von der Rede des Ministers des Auswärtigen, Bonnet, der ausgeführt haben sollte, daß Deutschland ein bewaffnetes Einschreiten im sudetendeutschen Land in Betracht gezogen habe, jedoch durch die sofort einsetzende Gegenwirkung Frankreichs und Englands, die damit „den Frieden gerettet" hätten, daran verhindert worden sei. Das französische Ministerium des Äußern sah sich veranlaßt, diesen Falschmeldungen der französischen Presse entgegenzutreten, die als phantastische und irrige Informationen bezeichnet wurden.

Die Drahtzieher, die hinter diesen und andern Lügen standen, hatten jedoch, mindestens vorübergehend, ihr Ziel, die internationale Atmosphäre zu vergiften, erreicht. Im Hinblick auf diesen Lügenfeldzug hat der Führer und Reichskanzler in seiner Nürnberger Rede am 12. September noch nachträglich versichert,

> **daß zu dieser Zeit nicht ein deutscher Soldat mehr eingezogen war, als an sich dienten, und daß nicht ein Regiment oder irgendein andrer Verband an die Grenze marschiert war, ja daß sich in diesem Zeitraum auch nicht ein Soldat außerhalb seiner Friedensgarnison befand, und daß im Gegenteil die Anordnung gegeben worden war, selbst den leisesten Anschein einer Pression auf die Tschechei von unsrer Seite zu vermeiden.**

Aber infolge der tschechischen Teilmobilisierung und infolge der Verdächtigungen Deutschlands wurden am 28. Mai die angekündigten Verstärkungen des Heeres und der Luftwaffe außerordentlich erweitert, augenblicklich eingeleitet und ausgeführt und darüber hinaus der sofortige Ausbau der deutschen Festungsanlagen im Westen befohlen.

Die Aktion Lord Runcimans

Auch im Ausland fehlte es in diesen Tagen nicht an Stimmen der Vernunft und der Logik, wenn sie auch selten waren. So trat damals zum Beispiel die Times in einem Leitaufsatz erneut dafür ein, daß den Deutschen in der Tschecho-Slowakei durch eine Volksabstimmung das Recht gegeben werde, selbst zu entscheiden, ob sie in Zukunft im tschecho-slowakischen Staat verbleiben oder zu Deutschland kommen wollten. Bei der Aufstellung der Friedensverträge habe man zwar immer von dem Grundsatz der Selbstbestimmung gesprochen, aber die Wünsche der Deutschen sowohl in Böhmen wie in Österreich seien niemals angehört oder in scharfer Form abgelehnt worden. Dieser Fehler des Jahres 1919 müsse jetzt berichtigt werden. Auf dies mißhandelte Selbstbestimmungsrecht der Völker und insbesondere der Sudetendeutschen wies am 12. Juni auch der Stellvertreter des Führers in seiner Stettiner Rede mit Nachdruck hin. Der tschechische Staat, so betonte er, sei offensichtlich nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung innerhalb seiner Grenzen zu halten, wie er auch nicht in der Lage sei, das Leben seiner Bürger zu schützen. Dieser Staat sei zum Gefahrenherd für den Frieden Europas

geworden. Es heiße, den Frieden Europas bedrohen, wenn man plötzlich mobil mache, und zwar ohne den geringsten Grund.

Mitte Juli wurde der Austausch eines Briefwechsels zwischen Chamberlain und Daladier bekannt, der gewissermaßen als Auftakt für den Besuch des englischen Königspaares in Paris gedacht war. Über den Inhalt, der nicht bekanntgegeben wurde, teilte später die Prager Zeitung Lidove Noviny u. a. mit, daß der französische Ministerpräsident, der den Briefwechsel eröffnete, die Meinung geäußert habe, daß es für den Frieden nicht förderlich sei, wenn England sich entschließen sollte, das britisch-italienische Abkommen vom 16. April früher in Kraft zu setzen, bevor sich Frankreich und Italien verständigt hätten. Jeder neue Erfolg der Diktaturregierungen würde eine Verschärfung der internationalen Lage und neue Forderungen dieser Regierungen zur Folge haben. Wörtlich habe Chamberlain, nach der Mitteilung des Prager Blattes, u. a. geantwortet: „Weder in der spanischen Frage, noch in der Frage des Verhältnisses Englands zu Italien, noch in der Beurteilung der tschecho-slowakischen Angelegenheiten wird die britische Regierung einen Standpunkt einnehmen, der nicht mit der britisch-französischen Freundschaft in Einklang stünde oder nicht mit unserm gegenseitigen Bestreben, den Frieden zu erhalten, allen sich ergebenden Schwierigkeiten zum Trotz." Bei dem Besuch des englischen Königs in Paris wurde die britisch-französische Zusammenarbeit und die Entente cordiale nachdrücklichst unterstrichen.

Als Mitte Juli das von der Sudetendeutschen Partei der tschechischen Regierung am 7. Juni überreichte Memorandum durch die Indiskretion einer französischen Presse-Agentur in seinen wesentlichen Zügen veröffentlicht wurde, übergab die Sudetendeutsche Partei dies Memorandum, das eine Konkretisierung der Karlsbader Forderungen Henleins enthielt, im Wortlaut der Öffentlichkeit, damit sie sich ein Urteil bilden könne, ob die Vorschläge der Partei geeignet seien, die auch im Ausland als unhaltbar erkannten nationalpolitischen Verhältnisse im Interesse der Ordnung und des Friedens zu regeln. Die Drangsalierungen der sudetendeutschen Bevölkerung durch die Tschechen wurden von Tag zu Tag unerträglicher.

Am 18. Juli empfing der britische Minister des Auswärtigen Lord Halifax privat Hauptmann Wiedemann, den Adjutanten des Führers, der in einer Sondermission nach London gekommen war. Einige Tage später, am 26. Juli, gab der Erste Minister Chamberlain im Unterhaus wieder einen Rundblick über die außenpolitische Lage, wobei er auch die tschecho-slowakische Frage

behandelte. Diese Frage, erklärte er, berge alles Material in sich, das zu einem Bruch des Friedens führen könne. Die britische Regierung habe deshalb in Übereinstimmung mit ihrer allgemeinen Poiltik und in enger Zusammenarbeit mit Frankreich alles getan, was in ihrer Macht stehe, um eine friedliche Lösung des Streites zu erleichtern. Sie habe daher auch erwogen, ob sie nicht behilflich sein könne. Dem Ersuchen der tschechischen Regierung, eine Persönlichkeit mit den notwendigen Erfahrungen und Eigenschaften vorzuschlagen, die an Ort und Stelle die Frage untersuchen und nötigenfalls Mittel und Wege zeigen solle, um die Verhandlungen zu einem Erfolg zu bringen, habe sie zugestimmt. Chamberlain teilte dann mit, daß Lord Runciman sein Einverständnis erklärt habe, als Vermittler und Untersucher in dem Streit zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen aufzutreten. Lord Runciman werde dabei unabhängig von der britischen Regierung und allen Regierungen handeln. Einen Tag später (27. Juli) gab Lord Halifax eine ähnliche Erklärung im Oberhaus ab, wobei er ebenfalls ausdrücklich betonte, daß die Mission Runciman in keiner Weise die britische Regierung repräsentiere. Am 3. August kam Lord Runciman in der Tschecho-Slowakei an. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes, Ashton-Gwatkin, der Lord Runciman als Berater von der britischen Regierung beigegeben war, kehrte nach drei Wochen zu einem kurzen Besuch — auch wieder privat — im Flugzeug nach London zurück. Er wurde von Chamberlain und Lord Halifax empfangen (24. August). Am nächsten Tag erörterte Lord Halifax mit ihm das tschecho-slowakische Problem; daran nahm auch Sir John Simon teil, der damit zum erstenmal zu den engern Beratungen über die tschechische Frage hinzugezogen wurde.

Größere Aktivität der Diplomatie

Die tschecho-slowakische Frage trat immer mehr in den Vordergrund der politischen Bühne. Am 27. August fuhr der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, nach London, um mit der Regierung über die Haltung Deutschlands in der tschecho-slowakischen Frage zu beraten. Am selben Tage hielt Sir John Simon eine Rede in Lanark, in der er sagte, durch die Anwendung gewaltsamer Maßnahmen, die leicht andre Parteien in den Streit verwickeln könnten, ließen sich keine wirklichen Lösungen herbeiführen. Einen Konflikt zu beginnen sei so, als ob man bei einem starken Wind ein Feuer

anzünde. Vielleicht könne man es zu Beginn begrenzen, aber niemand könne sagen, wie weit es sich ausdehnen werde. Er glaube, daß die Völker aller Nationen die fürchterlichen Folgen eines modernen Krieges haßten und fürchteten. Die Verantwortung jemandes, der der Menschheit diesen Schrecken bringe, sei groß. Über die Stellung Großbritanniens führt Simon wörtlich aus:

„Zwar gibt es Interessen und Pflichten, zu deren Schutz und Erfüllung wir kämpfen würden; aber wir werden das ganze Gewicht unsers Einflusses in die Waagschale werfen, um den Ausbruch irgendeines Krieges zu verhindern, und wir werden immer bereit sein, unsern Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens zu leisten. Die britische Stellung hinsichtlich der Tschecho-Slowakei wurde in der Rede Chamberlains vom 24. März (siehe S. 11) genau dargelegt. Diese Erklärung besteht auch heute noch zu Recht. Dem ist nichts hinzuzufügen; auch ist ihr Inhalt in keiner Weise verändert. Die britische Regierung sieht in der Tschecho-Slowakei eine wirkliche und dringende Frage; wir sind überzeugt, daß bei gutem Willen auf allen Seiten eine Lösung gefunden werden sollte, die allen berechtigten Interessen gerecht wird. In der modernen Welt gibt es keine Begrenzung der Auswirkungen eines Krieges. Gerade der Fall der Tschecho-Slowakei kann so kritisch für die Zukunft Europas werden, daß es unmöglich wäre, eine Begrenzung der Störungen anzunehmen, die ein Konflikt mit sich bringen könnte."

Am 30. August war eine Ministerbesprechung in der Amtswohnung des Ersten Ministers, woran auch der nach London gerufene britische Botschafter Sir Nevile Henderson teilnahm — ein ganz ungewöhnlicher Vorgang, da nur in außergewöhnlichen Fällen Nichtmitglieder zu Kabinettssitzungen zugelassen werden. Am selben Tage empfing Chamberlain den amerikanischen Botschafter Joseph Kennedy, der von da an fast täglich durch persönliche Unterrichtung, meist durch den Ersten Minister selbst, über die internationale Lage und die englische Stellungnahme auf dem laufenden gehalten wurde. Am nächsten Tage wurden die Botschafter Frankreichs und Amerikas und die Gesandten der Tschecho-Slowakei und Polens von Lord Halifax empfangen. Aus diesen wenigen Andeutungen geht hervor, wie betriebsam in diesen Tagen die internationale Diplomatie war und wie gespannt man bereits die allgemeine Lage auffaßte.

Die Warnung von Nürnberg

Es ist noch in aller Erinnerung, mit welchem Interesse nicht nur Deutschland, sondern die Welt den Nürnberger Parteitag 1938 erwartete, da man allgemein der Auffassung war,

daß in Nürnberg ein entscheidendes Wort zu der tschechischen Frage gesprochen, wenn nicht sogar eine Wendung herbeigeführt würde. Die Warnung, die in Nürnberg erteilt wurde, war nicht zu überhören. Nachdem schon Generalfeldmarschall Göring das Schuldkonto der Tschechen eingehend aufgezeigt und keinen Zweifel über die deutsche Politik gelassen hatte, ging der Führer und Reichskanzler in seiner Schlußrede ganz besonders ausführlich auf das tschechische Problem und die internationale politische Lage ein. Er schilderte die unerträglich gewordene Lage der Sudetendeutschen und wies erneut darauf hin, daß eine Änderung eintreten müsse, auch wenn die Mißhandlungen dieser Menschen „den würdigen Vertretern unsrer Demokratien vielleicht gleichgültig, möglicherweise sogar sympathisch seien, weil es sich hier ja nur um 3½ Millionen Deutsche handle". Er fuhr dann wörtlich fort:

> **„Ich kann aber den Vertretern dieser Demokratien nur sagen, daß uns dies nicht gleichgültig ist und daß, wenn diese gequälten Kreaturen kein Recht und keine Hilfe selbst finden können, sie beides von uns bekommen werden; die Rechtlosmachung dieser Menschen muß ein Ende nehmen! . . .**

Es war eine kurzsichtige Konstruktion, die sich die Versailler Staatsmänner einst leisteten, als sie das abnorme Gebilde der Tschecho-Slowakei ins Leben riefen. Der Auftrag, hier die Millionenmassen andrer Nationalitäten zu vergewaltigen und damit zu mißhandeln, war nur so lange durchführbar, wie die Brudernationen noch selbst unter den Folgen der allgemeinen Weltmißhandlungen zu leiden hatten.

Zu glauben aber, daß ein solches Regime unbegrenzt und ewig weiter sündigen kann, heißt, sich einer kaum faßbaren Verblendung hingeben. Ich habe in meiner Rede vom 20. Februar vor dem Deutschen Reichstag erklärt, daß das Reich eine weitere Unterdrückung und Verfolgung dieser dreieinhalb Millionen Deutschen nicht mehr hinnehmen wird, und ich bitte die ausländischen Staatsmänner, überzeugt zu sein, daß es sich hier um keine Phrase handelt . . . Ich werde unter keinen Umständen gewillt sein, einer weitern Unterdrückung der deutschen Volksgenossen in der Tschecho-Slowakei in endloser Ruhe zuzusehen. Herr Benesch treibt Taktik, er redet und will Verhandlungen organisieren, nach Genfer Muster die Frage der Prozeduren klären und kleine Beruhigungsgeschenke geben. So geht das auf die Dauer nicht! Hier handelt es sich nicht um Redensarten, sondern um Recht, und zwar um verletztes Recht. Was die Deutschen fordern, ist das Selbstbestimmungsrecht, das jedes andre Volk auch besitzt, und keine Phrase. Herr Benesch hat diesen Sudetendeutschen keine Geschenke zu geben, sie haben das Recht, ein eignes Leben zu beanspruchen, genau wie jedes andre Volk. Wenn die Demokratien aber der Überzeugung sein

sollten, daß sie in diesem Fall, wenn notwendig mit allen Mitteln, die Unterdrückung der Deutschen beschirmen müßten, dann wird dies schwere Folgen haben! Ich glaube dem Frieden mehr zu nutzen, wenn ich darüber keinen Zweifel lasse...

Die Deutschen in der Tschecho-Slowakei sind weder wehrlos noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen."

Diese klare und eindeutige Sprache des Führers auf dem Parteitag Großdeutschlands und die Zusage, die Sudetendeutschen nicht im Stich zu lassen, machten nicht nur in Deutschland und in der Welt, sondern ganz besonders im Sudetenland selbst den tiefsten Eindruck. Was dort am Tage vorher Hoffnung war, wurde zur unerschütterlichen Gewißheit. Nun folgten die Ereignisse Schlag auf Schlag.

Hilferuf der Sudetendeutschen

Am 6. September hatte die Times in ihrem Leitartikel den Vorschlag gemacht, die tschecho-slowakische Regierung solle die Möglichkeit einer Abtretung von Gebieten an die in Frage kommenden Nachbarländer erwägen. Am Tage darauf ließ die britische Regierung mitteilen, daß dieser Vorschlag in keiner Weise die Auffassung der Regierung darstelle. Die Times jedoch blieb bei ihrer Meinung und unterstrich sie noch einmal. Am 11. September wurde amtlich mitgeteilt, die britische Regierung sehe es als außerordentlich wichtig an, daß die deutsche Regierung sich über die Haltung Großbritanniens in einem Kriege, in den Frankreich auf Grund eines Angriffs auf die Tschecho-Slowakei verwickelt werde, keiner Täuschung hingebe. Die Regierung habe bereits so klar wie möglich ihre Ansicht dargelegt, daß, wenn ein Angriff erfolge und Frankreich in den Krieg hineingezogen werde, Großbritannien nicht beiseite stehen könne, falls ein allgemeiner Konflikt entstehe, bei dem die Sicherheit Frankreichs bedroht werde. Noch am 12. September suchte der tschecho-slowakische Gesandte das englische Auswärtige Amt auf und überreichte eine Denkschrift, worin die bereits durch den tschechischen Minister des Auswärtigen den Gesandten Englands und Frankreichs in Prag gemachte Erklärung wiederholt wurde, daß eine Volksabstimmung für die tschechische Regierung unannehmbar sei. Die Verfassung sehe eine solche Volksabstimmung nicht vor; kein Staatsoberhaupt könne eine solche Maßnahme erwägen, ohne das Vertrauen der Wählerschaft zu verlieren und ein Chaos im Lande zu riskieren. Die vielen Nationalitäten würden es schwer machen, das Gebiet für eine Abstimmung genau festzusetzen.

Jeder Tag zeigte, daß Prag auch jetzt die Zeichen der Zeit noch nicht erkannte. Im Sudetenland ereigneten sich neue schwere Zwischenfälle. Die tschechische Regierung legte verstärkte Gendarmerie- und Militärabteilungen in sudetendeutsche Bezirke und verhängte durch den Rundfunk das Standrecht über große Gebiete. Die Sudetendeutsche Partei sah sich daher am 13. September veranlaßt, der Regierung mitzuteilen, sie sei außerstande, frei und unbeeinflußt über Recht und Schicksal des Sudetendeutschtums mit der Regierung zu verhandeln, wenn nicht die Erklärung des Standrechts sofort zurückgenommen, aus allen Bezirken mit deutscher Bevölkerungsmehrheit die Staatspolizei zurückgezogen, die Gendarmerie auf ihre normalen Funktionen und ihren normalen Stand beschränkt und sämtliche militärischen Formationen in ihren Unterkünften und in rein militärischen Objekten kaserniert würden. Falls diese Forderungen nicht binnen sechs Stunden angenommen, angeordnet veröffentlicht und insbesondere durch den Rundfunk verbreitet würden, lehne die Führung der Sudetendeutschen Partei jede Verantwortung für die weitere Entwicklung ab. Am nächsten Tage (14. September) prüfte Konrad Henlein mit der Verhandlungsabordnung die Lage. Dabei wurde festgestellt, „daß mit Rücksicht auf die Vorfälle der letzten 48 Stunden und da die Forderungen, die die SDP stellte, nicht erfüllt wurden, die Voraussetzungen für eine weitere Fortführung der Verhandlungen im Sinne des bisherigen Auftrages nicht mehr gegeben seien." Am 15. September stellte die Sudetendeutsche Partei fest, daß das Sudetendeutschtum bis zum letzten Augenblick um eine friedliche Lösung bemüht gewesen sei, die tschechische Regierung jedoch alle Forderungen Konrad Henleins ablehne. Bei diesen Zuständen im tschechischen Staatsgebiet sei es selbstverständlich, daß jeder Sudetendeutsche sein Leben und das seiner Familie mit allen Mitteln vor den mordenden und plündernden Horden verteidige. In einer Proklamation Henleins an das Sudetendeutschtum, an das deutsche Volk und an die gesamte Welt hieß es u. a., das tschechische Volk habe aller Welt vor Augen geführt, daß ein Zusammenleben mit ihm in einem Staat endgültig unmöglich geworden sei. Die Proklamation schloß mit folgenden Worten:

„Wir wollen als freie deutsche Menschen leben! Wir wollen wieder Friede und Arbeit in unsrer Heimat! **Wir wollen heim ins Reich!** Gott segne uns und unsern gerechten Kampf!"

Die Prager Regierung dekretierte am 16. September noch die Auflösung der Sudetendeutschen Partei. Damit war der

Trennungsstrich gezogen. Es war keine Zeit mehr zu verlieren, wenn es nicht zu weitern schweren Verwicklungen kommen sollte, deren Ausmaß und Ende nicht abzusehen waren.

Der Entschluß Chamberlains

Da mit den bisherigen Methoden nicht weiterzukommen war, so mußte ein neuer Weg beschritten werden. Der englische Erste Minister, Neville Chamberlain, faßte einen kühnen Entschluß, den er nach seinen Ausführungen im Unterhaus (am 28. September) schon lange als letzten Ausweg vorgesehen hatte. Er ließ am 14. September dem Führer und Reichskanzler durch Vermittlung des britischen Botschafters in Berlin folgende Mitteilung zugehen:

„Im Hinblick auf die zunehmende Spannung schlage ich vor, sofort zu Ihnen herüberzukommen, um zu versuchen, eine friedliche Lösung zu finden. Ich schlage vor, auf dem Luftwege zu kommen, und bin morgen zur Abreise bereit. Teilen Sie mir bitte den frühesten Zeitpunkt mit, zu dem Sie mich empfangen können, und geben Sie mir den Ort der Zusammenkunft an. Ich wäre Ihnen für eine sehr schnelle Antwort dankbar."

Hierauf hat der Führer und Reichskanzler geantwortet, daß er gern bereit sei, sich mit dem britischen Ersten Minister am 15. September zu treffen. Dementsprechend wurde Chamberlain am Donnerstagnachmittag auf dem Obersalzberg erwartet. Chamberlain kam am Donnerstag mit dem Flugzeug auf dem Münchner Flugplatz an und fuhr von dort mit dem Sonderzug nach Berchtesgaden. Die Tatsache, daß der englische Erste Minister, ein Mann von 69 Jahren, zum erstenmal in seinem Leben das Flugzeug benutzte, um dem Führer einen Besuch zu machen, hat in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt und die Sympathien für den old man überall verstärkt; das hat auch die Münchner Bevölkerung durch den herzlichen Empfang, den sie Chamberlain bereitete, bewiesen. Der Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, drückte dem englischen Journalisten Ward Price gegenüber seine Befriedigung über den Entschluß Chamberlains aus. Es sei von jeher sein Wunsch gewesen, daß der Führer und der Chef der britischen Regierung zusammentreffen sollten, und er freue sich, daß dieser Wunsch nunmehr durch Chamberlain, dessen reale Einstellung zu den Problemen er während seiner Anwesenheit als deutscher Botschafter in London schätzen gelernt habe und von dessen persönlichem guten Willen er fest überzeugt sei, verwirklicht werde.

Über die Besprechung auf dem Obersalzberg, die drei Stunden dauerte und in der der Führer von Chamberlain die Anerkennung der Grundsätze der **Selbstbestimmung** verlangte, wurde folgende kurze amtliche Mitteilung ausgegeben:

„Der Führer und Reichskanzler hatte am Donnerstag auf dem Obersalzberg mit dem britischen Premierminister eine Besprechung, in deren Verlauf ein umfassender und offener Meinungsaustausch über die gegenwärtige Lage stattfand.

Der britische Premierminister fährt am Freitag nach England zurück, um sich mit dem britischen Kabinett zu beraten. In einigen Tagen findet eine neue Besprechung statt."

Bei seiner Ankunft auf dem Flugplatz in Heston, am 16. September nachmittags, erklärte Chamberlain:

„Ich bin schneller wieder zurückgekehrt, als ich angenommen hatte. Ich hätte die Reise genießen können, wenn ich nicht so beschäftigt gewesen wäre. Gestern nachmittag habe ich eine lange Unterhaltung mit Herrn Hitler gehabt. Es war eine offene, aber freundschaftliche Aussprache, und ich bin darüber zufrieden, daß jeder von uns jetzt voll versteht, was der andre meint. Sie werden natürlich nicht von mir erwarten, daß ich mich jetzt über das Ergebnis dieser Unterredung äußere. Alles, was ich jetzt zu tun habe, ist, mit meinen Kollegen Rücksprache zu nehmen, und ich gebe den Rat, nicht voreilig einen unautorisierten Bericht dessen, was sich in der Unterredung abgespielt hat, als wahr hinzunehmen. Ich werde heute abend mit meinem Kollegen und andern, besonders mit Lord Runciman, die Unterredung erörtern. Später, vielleicht in einigen Tagen werde ich eine weitere Aussprache mit Herrn Hitler haben. Dieses Mal aber, so hat er mir gesagt, beabsichtigt er, mir auf halbem Wege entgegenzukommen. Herr Hitler wünscht einem alten Mann eine so lange Reise zu ersparen."

Auf die Begrüßungsworte des deutschen Geschäftsträgers, Botschaftsrats Dr. Kordt, sagte Chamberlain: „Ich habe mich über die Aufnahme in Deutschland sehr gefreut, und zwar ganz besonders über den Empfang durch die Bevölkerung." Als er den Flugplatz verließ, rief die Bevölkerung immer wieder u. a.: „good old Neville!"

Am selben Tage waren Lord Runciman und Ashton-Gwatkin in London eingetroffen. Am 15. September richtete Mussolini einen Offenen Brief an Lord Runciman, in dem er ihn aufforderte, Mut zu haben und eine Volksabstimmung oder besser Volksabstimmungen vorzuschlagen. Die Zeit der Kompromisse sei vorbei. Mit Tinte gezogene Grenzen könnten mit andrer Tinte geändert werden. Etwas andres sei es, wenn die Grenze von der Hand Gottes oder durch das Blut der Menschen gezogen würde.

Auch in diesen Tagen zeigte sich die tschechische Presse

noch sehr selbstsicher. Eine Volksabstimmung oder gar eine Abtrennung deutscher Gebiete ohne Abstimmung wurden scharf abgelehnt. Der Ministerpräsident Dr. Hodscha glaubte in einer Rundfunkansprache eine Volksbefragung für unannehmbar erklären zu müssen. Die französische Regierung dagegen schien nach allem, was man feststellen konnte, bereit zu sein, zusammen mit Großbritannien eine Volksabstimmung unter internationaler Aufsicht in den strittigen Gebieten vorzuschlagen, allerdings unter der Bedingung, daß der Rest der Tschecho-Slowakei unter internationale Garantie gestellt würde, wobei England eine besonders sichtbare Rolle übernehmen sollte. Dagegen lehnten nationalistische französische Politiker zusammen mit den Kommunisten jede Gebietsabtretung der Tschecho-Slowakei ab und verlangten eine stärkere französische Aktivität. Die Tiraden, die beispielsweise in der kommunistischen Humanité zu lesen waren, konnten in ihrem Haß gegen Deutschland kaum überboten werden und machten den Jüngern Moskaus alle Ehre.

Durch einen Aufruf der Sudetendeutschen Partei vom 17. September wurde erklärt, daß der äußerste Notstand gegeben sei und daß die Sudetendeutschen daher das zu allen Zeiten geübte Notrecht der Völker für sich in Anspruch nähmen, wenn sie zu den Waffen griffen und das

„Sudetendeutsche Freikorps"

errichten würden.

Der britisch-französische Plan

Am 17. September trat das britische Kabinett zusammen und beschloß nach der Unterrichtung über die Unterredung auf dem Obersalzberg durch Chamberlain, den französischen Ministerpräsidenten Daladier und den Minister des Auswärtigen Georges Bonnet zu einem Besuch in London einzuladen. Schon am nächsten Tag kamen beide in London an, begleitet von Beamten des Quai d'Orsay. Nach langen Erörterungen mit Chamberlain, Lord Halifax, Sir John Simon und Sir Samuel Hoare, die vom Kabinett zur Führung der Verhandlungen während der Krise bevollmächtigt worden waren, wurde folgende Mitteilung ausgegeben:

„Nach einer eingehenden Erörterung der gegenwärtigen internationalen Lage haben die Vertreter der britischen und der französischen Regierung volle Übereinstimmung über die Politik erzielt, die zur Förderung einer friedlichen Lösung der tschecho-slowakischen Frage

befolgt werden soll. Die beiden Regierungen hoffen, daß es danach möglich sein werde, eine allgemeine Reglung im Interesse des europäischen Friedens zu erwägen."

Von amtlicher Seite wurde erklärt, daß keine Mitteilung über den Inhalt der Vorschläge veröffentlicht werde, ehe nicht die weitere Begegnung zwischen Chamberlain und Hitler erfolgt sei. Während die englischen und französischen Minister berieten, wurden sie durch die tschecho-slowakische Gesandtschaft benachrichtigt, daß der Gesandte in London Anweisungen erhalten habe, klarzumachen, daß die Prager Regierung es als selbstverständlich ansehe, vor irgendeiner Beschlußfassung befragt zu werden, und daß sie keine Verantwortung für Entscheidungen übernehmen könne, die ohne ihre Befragung zustande gekommen seien. Das Rad der Geschichte war allerdings schon weitergelaufen. Prag wurde nicht mehr gefragt.

Der britisch-französische Plan wurde bereits am 19. von dem französischen Kabinett gebilligt. Da er in dem weitern Verlauf der Krise eine besondere Rolle gespielt hat, so muß etwas näher darauf eingegangen werden. In diesen Vorschlägen (Britisches Weißbuch, Cmd. 5847), die der tschecho-slowakischen Regierung am 19. September überreicht worden waren, wurde einleitend die Überzeugung der beiden Regierungen ausgedrückt, daß nunmehr der Zeitpunkt erreicht sei, wo das weitere Verbleiben der hauptsächlich von Sudetendeutschen bewohnten Gebiete innerhalb der Grenzen des tschecho-slowakischen Staates tatsächlich nicht länger andauern könne, ohne die Interessen der Tschecho-Slowakei selbst und des europäischen Friedens zu gefährden. (Für diese Entscheidung war der Bericht Lord Runcimans mit ausschlaggebend gewesen.) Beide Regierungen hätten sich zu der Schlußfolgerung gezwungen gesehen, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und die Sicherheit der tschecho-slowakischen Lebensinteressen nicht wirksam gesichert werden könnten, außer wenn diese Gebiete nunmehr dem Reich übertragen würden. In diesen Vorschlägen heißt es dann weiter:

1. „Dies kann entweder durch direkte Abtretung oder als Ergebnis einer Volksabstimmung geschehen. Wir vergegenwärtigen uns die mit einer Volksabstimmung verbundenen Schwierigkeiten, und wir kennen die von Ihnen (der tschecho-slowakischen Regierung) gegen dieses Verfahren bereits geäußerten Einwendungen, besonders die Möglichkeit weitreichender Rückwirkungen, falls die Angelegenheit auf der Grundlage eines so umfassenden Prinzips behandelt würde. Aus diesem Grunde setzen wir mangels eines gegenteiligen Anzeichens voraus, daß Sie es

vorziehen werden, das sudetendeutsche Problem auf dem Wege einer direkten Abtretung und als einen Fall für sich zu behandeln.

2. Das Abtretungsgebiet würde wahrscheinlich Gebiete mit mehr als 50 v. H. deutschen Einwohnern zu umfassen haben; wir hoffen aber, auf dem Verhandlungswege Vorkehrungen zur Berichtigung von Grenzen zu treffen. wo die Umstände es nötig machen, und zwar durch einen Internationalen Ausschuß, in dem auch ein tschechischer Vertreter sitzen wird. Wir sind überzeugt, daß die Abtretung kleinerer Gebiete mit einem höhern Hundertsatz der Lage nicht entspricht.

3. Der erwähnte Internationale Ausschuß könnte sich auch mit Fragen eines möglichen Bevölkerungsaustauschs auf der Grundlage des Rechts zur Option innerhalb einer bestimmten Zeitspanne befassen.

4. Wir anerkennen, daß, falls die tschecho-slowakische Regierung bereit ist, sich mit den vorgeschlagenen Maßnahmen, die materielle Änderungen in den Voraussetzungen des Staates einschließen, für einverstanden zu erklären, sie berechtigt ist, eine Versicherung hinsichtlich ihrer zukünftigen Sicherheit zu verlangen.

5. Dementsprechend würde Seiner Majestät Regierung im Vereinigten Königreich bereit sein, als Beitrag zur Befriedung Europas sich einer internationalen Garantie der neuen Grenzen des tschecho-slowakischen Staates gegen einen unprovozierten Angriff anzuschließen. Eine der Grundbedingungen für eine solche Garantie würde der Schutz der Unabhängigkeit der Tschecho-Slowakei auf dem Wege der Ersetzung bestehender Verträge, die wechselseitige Verpflichtungen militärischen Charakters enthalten, durch eine generelle Garantie gegen einen unprovozierten Angriff sein.

6. Die französische und die britische Regierung erkennen beide an, wie groß das damit von der tschecho-slowakischen Regierung um des Friedens willen geforderte Opfer ist. Da aber dieser im allgemeinen Interesse Europas und im besondern Interesse der Tschecho-Slowakei selbst liegt, hielten sie es für ihre Pflicht, gemeinsam die Bedingungen offen darzulegen, die zu seiner Sicherung wesentlich sind.

7 Der Premierminister muß die Besprechungen mit Herrn Hitler nicht später als am Mittwoch (21. September) und wenn möglich früher wieder aufnehmen Wir glauben daher. um Ihre möglichst baldige Antwort bitten zu müssen."

Am 20 September traf in London die Antwort der tschecho-slowakischen Regierung auf diese Vorschläge ein. Die Antwort war mit verschiedenen Vorbehalten erteilt worden, so daß die britische und die französische Regierung am 21. September frühmorgens einen dringenden Appell an Prag

richteten, eine bestimmte Antwort auf die englisch-französischen Vorschläge zu geben. Die endgültige Antwort der tschechischen Regierung ging am Abend (21. September) in London ein. Um 19,20 Uhr verkündete der Prager Rundfunk in tschechischer Sprache ebenfalls, daß die Regierung die englischen Vorschläge angenommen habe. Gleich nach der Bekanntgabe wurde folgender Text des Kommuniqués der Regierung bekannt:

„Die tschecho-slowakische Regierung hat sich unter dem unwiderstehlichen Druck der britischen und der französischen Regierung gezwungen gesehen, schmerzerfüllt die in London ausgearbeiteten Vorschläge anzunehmen."

Am nächsten Tag trat die tschechische Regierung zurück; es folgte eine Regierung unter General Sirovy. Aber Dr. Benesch, der die Verschleppungstaktik beibehalten wollte, erklärte noch nach der Annahme der britisch-französischen Vorschläge und vor der Godesberger Besprechung im Prager Rundfunk:

„Wir haben unsre Haltung der Lage angepaßt; ich betrachte die weitere Entwicklung ohne jede Sorge. Denn ich habe meinen Plan und lasse mich nicht von meinem Wege abdrängen. Unser Volk weiß, daß es kämpfen muß, und ich wiederhole, daß ich einen Plan habe. Unsre politische Linie steht fest, und wir werden sie der Lage anpassen."

Das gesamte Minderheitenproblem aufgerollt

Die Haltung Mussolinis war für den Gang der Ereignisse von ausschlaggebender Bedeutung und blieb für die weitere Entwicklung mitentscheidend. Am 18. September forderte der italienische Regierungschef in einer Rede in Triest erneut Volksabstimmungen in der Tschecho-Slowakei für alle Nationalitäten, „die sie verlangen, für die Nationalitäten, die in jenen Staat hineingezwungen wurden, der die große Tschecho-Slowakei sein wollte und sich heute in seiner ganzen organischen Haltlosigkeit offenbart". Mussolini, der in dieser Rede die Tschecho-Slowakei als „Mosaikstaat Nr. 2" bezeichnete, fuhr dann fort:

„Aber es ist noch etwas andres zu sagen: nämlich, daß in einem bestimmten Augenblick die Ereignisse den rasenden Lauf einer Lawine annehmen, weshalb man schnell handeln muß, wenn man Unordnungen und Komplikationen vermeiden will. Daß man schnell handeln muß, muß vom englischen Premierminister verstanden worden sein, der sich von London nach München begab, da jede Verzögerung der Lösung nichts nutzt, sondern den fatalsten Zusammenstoß bestimmt herbeiführt. Die Lösung beginnt bereits trotz der Kampagne Moskaus in den Herzen der europäischen Völker Raum

zu gewinnen. Wir wünschen ebenso in diesen letzten Stunden, daß eine friedliche Lösung erreicht werde. Wir wünschen, daß, wenn sie nicht möglich ist, der eventuelle Konflikt begrenzt und lokalisiert wird.

Wenn das aber nicht eintreten sollte und für oder wider Prag ein Aufmarsch universellen Charakters kommen sollte, dann muß man wissen, daß der Platz Italiens bereits gewählt ist."

In einer Unterredung, die der Führer und Reichskanzler am 18. September dem englischen Journalisten Ward Price gewährte, betonte er erneut, daß das tschechische Übel ein für allemal abgestellt werden müsse, und zwar jetzt. Er habe die Maginot-Linie studiert und viel davon gelernt; aber wir hätten etwas nach unsern eignen Ideen erbaut, was noch besser sei und was jeder Macht der Welt standhalten würde, wenn wir, angegriffen, wirklich in der Defensive bleiben wollten. Alles dies sei aber Wahnsinn, denn niemand in Deutschland denke daran, Frankreich anzugreifen. Wir hegten keine Ressentiments gegen Frankreich: im Gegenteil, in Deutschland herrsche ein starkes Gefühl der Sympathie für Frankreich. Ebensowenig wolle Deutschland Krieg mit England. . Wenn Henlein verhaftet werde, sei er der Führer der Sudetendeutschen, und er wolle dann sehen, wie lange Dr. Benesch noch seine Dekrete herausgeben könne. Hoffentlich erlasse er keinen Haftbefehl gegen ihn (den Führer).

In seinen Reden in Görz und Udine am 20. September unterstrich Mussolini erneut den italienischen Standpunkt. Die italienische Presse wies u. a. darauf hin, daß der britisch-französische Plan das Problem der übrigen Nationalitäten in der Tschecho-Slowakei beiseite lasse, woraus hervorgehe, daß man somit mittelbar zugebe, nicht einem Grundsatz allgemeiner Art, wie dem der Nationalitäten, sondern der überlegenen Macht des Deutschen Reiches gewichen zu sein. Gerade die Volksentscheide seien immer von den Demokratien angewandt worden. Inzwischen war nämlich das gesamte Minderheitenproblem der Tschecho-Slowakei aufgerollt worden. Ungarn und Polen stellten die Forderung, auch ihren Volksgruppen die Rückkehr aus dem tschecho-slowakischen Staatsverband zu ermöglichen. Der ungarische Ministerpräsident Imredy hatte am 20. September auf dem Obersalzberg eine lange Aussprache über die tschechisch-ungarische Frage mit dem Führer und dem Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop. Auch der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, war auf dem Obersalzberg gewesen. Der polnische Botschafter in

Rom war von dem Grafen Ciano empfangen worden, und der polnische Minister des Auswärtigen, Oberst Beck, hatte die Vertreter Frankreichs, Italiens und Ungarns in Warschau über die polnischen Forderungen unterrichtet. Am 21. September empfing Lord Halifax den polnischen Gesandten in London, der die Forderung seiner Regierung an die Tschecho-Slowakei vorbrachte. Später sprach der ungarische Gesandte im britischen Auswärtigen Amt vor und erklärte, daß seine Regierung hinsichtlich der ungarischen Minderheiten dieselben Zugeständnisse verlange, die den Sudetendeutschen gewährt würden.

Godesberg

Am 21. September wurde eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, wonach der Führer und der britische Erste Minister übereingekommen seien, ihre auf dem Obersalzberg begonnene Aussprache am Donnerstag, dem 22. September, um 3 Uhr nachmittags in Godesberg wieder aufzunehmen. So flog Chamberlain am 22. September zum zweitenmal nach Deutschland. Am selben Tag, nachmittags, war eine Unterredung zwischen ihm und dem Führer. Chamberlain erläuterte die britisch-französischen Vorschläge. Auch die polnischen und ungarischen Forderungen und die Garantie für die neue Tschecho-Slowakei spielten eine Rolle. Der Führer machte Vorschläge, die eine schnelle Lösung herbeiführen sollten, vor allem auch wegen der Unterdrückung und des Terrors, denen die Sudetendeutschen ausgeliefert waren. Am Freitagmorgen, dem 23. September, wollte man wieder zusammenkommen. Der englische Erste Minister jedoch schrieb an den Führer seinen (ersten) Brief vom 23. September, der als Nr. 3 im Englischen Weißbuch abgedruckt ist (Cmd. 5847). Er erklärte sich darin bereit, der tschechischen Regierung die deutschen Vorschläge zu übermitteln, wies aber anderseits auch auf die Schwierigkeiten hin, die seiner Ansicht nach der Annahme durch die Prager Regierung entgegenstünden. Durch den Brief Chamberlains waren die mündlichen Verhandlungen unterbrochen worden; an ihre Stelle trat ein schriftlicher Gedankenaustausch zwischen Godesberg und dem auf der andern Rheinseite gelegenen Petersberg, wo Chamberlain Wohnung genommen hatte.

Denn auf die Ausführungen des britischen Ersten Ministers antwortete auch der Führer schriftlich, und zwar am Nachmittag des 23. Septembers (Cmd. 5847). In seiner

Antwort hob der Reichskanzler einleitend hervor, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Tschecho-Slowakei zwei Jahrzehnte mißhandelt worden sei. Er wies auf seine Rede am 20. Februar vor dem Reichstag und auf seine Ausführungen in Nürnberg hin. Wenn früher das Verhalten der tschecho-slowakischen Regierung brutal gewesen sei, so könne es für die verflossenen Wochen und Tage nur als wahnsinnig bezeichnet werden. Nach den Erfahrungen, die Deutschland gemacht habe, interessiere ihn nicht die Anerkennung des Grundsatzes, daß das sudetendeutsche Gebiet an Deutschland zurückgegeben werden solle, sondern nur die Verwirklichung dieses Grundsatzes, und zwar eine Verwirklichung, die in kürzester Zeit den Leiden unglücklicher Opfer tschechischer Tyrannei ein Ende setze und gleichzeitig der Würde einer Großmacht Rechnung trage. Er sprach weiter von dem unwiderruflichen Entschluß des Deutschen Reiches, den Willen der Sudetendeutschen, der sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker stütze, durchzuführen. Er habe für den Fall einer friedlichen Lösung als künftige Grenze jene Nationalitätengrenze vorgeschlagen, die nach seiner Überzeugung eine gerechte Reglung zwischen den beiden Rassen darstelle und auch den weitern Fortbestand großer Sprachinseln berücksichtige. Ferner habe er sich bereit erklärt, die Volksabstimmung unter der Kontrolle internationaler Kommissionen oder einer gemischten deutsch-tschechischen Kommission stattfinden zu lassen. Auch sei er damit einverstanden, während der Abstimmungstage die deutschen Truppen aus den umstrittensten Grenzgebieten zurückzuziehen unter der Bedingung, daß die Tschechen ebenso handelten. Während es sich für England hier um eine Frage überwiegend politischer Imponderabilien handle, sei es für Deutschland eine Frage primitiven Rechts auf Sicherheit von mehr als drei Millionen Menschen und eine Frage der nationalen Ehre eines großen Volkes. Infolge des großen Mißtrauens, das ihn beherrsche, sei in ihm der Glaube bestärkt worden, daß die Annahme des Grundsatzes der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets an das Reich durch die tschechische Regierung nur in der Hoffnung gegeben werde, dadurch Zeit zu gewinnen und durch das eine oder andre Mittel doch noch eine Änderung herbeizuführen, die im Widerspruch zu diesem Grundsatz stehe. Seine jahrelange Kenntnis tschechischer Praxis zwinge ihn, die Unaufrichtigkeit tschechischer Zusicherungen so lange anzunehmen, wie nicht durch die Praxis das Gegenteil bewiesen

würde. Auf alle Fälle sei Deutschland, wenn wie es ihm der Fall zu sein scheine, es sich als unmöglich herausstellen sollte, die klaren Rechte der Deutschen in der Tschecho-Slowakei auf dem Weg von Verhandlungen anerkannt zu sehen, entschlossen, auch die andern Möglichkeiten zu erschöpfen, die ihm noch offen blieben.

Über diese Antwort war Chamberlain enttäuscht. Er bat in einem zweiten Brief (Cmd. 5847) um ein Memorandum und um die Karte zur Weitergabe nach Prag; er teilte ferner seine Absicht mit, seine Kabinettsmitglieder und die französische Regierung über die augenblickliche Lage zu unterrichten und nach London zurückzukehren. Bei der Unterhaltung, die am Freitag, dem 23. September, abends 10.30 Uhr, begann — der Zeitpunkt ist im Hinblick auf die Prager Mobilmachung, die Seite 35 besprochen wird, wichtig — und längere Zeit dauerte, wurde dem britischen Premierminister das Memorandum mit der Karte überreicht. Trotz der offenen Worte verlief die Unterhaltung, wie Chamberlain später im Unterhaus (28 September) mitgeteilt hat, in freundlicherer Weise als alle vorhergehenden. Der Führer habe erklärt, daß er die Anstrengungen Chamberlains würdige und dafür dankbar wäre. Er sei ihnen auch entgegengekommen, indem er die geplanten Operationen zurückgestellt und in seinem Vorschlag der Tschecho-Slowakei eine Grenze angeboten habe, die sehr verschieden sei von derjenigen, die er als Ergebnis einer militärischen Eroberung gezogen hätte. Während beide Staatsmänner sich vor dem Abschied noch privat unterhielten, ging die Mitteilung von der allgemeinen tschechischen Mobilmachung ein.

Das deutsche Memorandum

Das Chamberlain in Godesberg überreichte deutsche Memorandum, das die tschechische Regierung mit der Karte am Abend des 24. Septembers erhielt, hatte folgenden Wortlaut:

„Die von Stunde zu Stunde sich mehrenden Nachrichten über Zwischenfälle im Sudetenlande beweisen, daß die Lage für das Sudetendeutschtum völlig unerträglich und damit zu einer Gefahr für den europäischen Frieden geworden ist. Es ist daher unerläßlich, daß die von der tschecho-slowakischen Regierung anerkannte Abtrennung des Sudetenlandes nunmehr ohne jede weitere Verzögerung erfolgt.

Auf beiliegender Karte (Karte wird von der Delegation mitgebracht) ist das abzutrennende sudetendeutsche Gebiet rot schraffiert. Die Gebiete, in denen über die zu besetzenden Gebiete hin-

aus ebenfalls noch abgestimmt werden muß, sind grün schraffiert eingezeichnet.

Die endgültige Grenzziehung muß dem Willen der Betroffenen entsprechen. Um diesen Willen festzustellen, ist eine gewisse Zeit zur Vorbereitung der Wahl erforderlich, während der Unruhen unter allen Umständen verhindert werden müssen. Es muß eine paritätische Situation geschaffen werden.

Das in der anliegenden Karte bezeichnete deutsche Gebiet wird von deutschen Truppen besetzt ohne Rücksicht darauf, ob sich bei der Volksabstimmung vielleicht in diesem oder jenem Teil des Gebiets eine tschechische Mehrheit herausstellt. Anderseits ist das strittige Gebiet von tschechischen Truppen besetzt ohne Rücksicht darauf, daß innerhalb dieses Gebiets große deutsche Sprachinseln liegen, die bei der Volksabstimmung sich ohne Zweifel in der Mehrheit zum deutschen Volkstum bekennen werden.

Zur sofortigen und endgültigen Bereinigung des sudetendeutschen Problems werden daher nunmehr von der deutschen Regierung folgende Vorschläge gemacht:

1. Zurückziehung der gesamten tschechischen Wehrmacht, der Polizei, der Gendarmerie, der Zollbeamten und der Grenzer aus dem auf der übergebenen Karte bezeichneten Räumungsgebiet, **das am 1. Oktober an Deutschland übergeben wird.**

2. Das geräumte Gebiet ist in dem derzeitigen Zustand zu übergeben (siehe nähere Anlage). Die deutsche Regierung ist damit einverstanden, daß zur Reglung der Einzelheiten, der Modalitäten der Räumung ein mit Vollmachten ausgestatteter Vertreter der tschechischen Regierung oder des tschechischen Heeres zum deutschen Oberkommando der Wehrmacht tritt.

3. Die tschechische Regierung entläßt sofort alle sudetendeutschen Wehrmachts- und Polizeiangehörigen auf dem gesamten tschechischen Staatsgebiet in ihre Heimat.

4. Die tschechische Regierung entläßt alle wegen politischer Vergehen inhaftierten deutschstämmigen Gefangenen.

5. Die deutsche Regierung ist einverstanden, in den näher zu bezeichnenden Gebieten bis spätestens 25. November eine Volksabstimmung stattfinden zu lassen. Die aus dieser Abstimmung sich ergebenden Korrekturen der neuen Grenze werden durch eine deutsch-tschechische oder eine internationale Kommission bestimmt.

Die Abstimmung selbst findet unter der Kontrolle einer internationalen Kommission statt.

Abstimmungsberechtigt sind alle in den in Frage kommenden Gebieten am 28. Oktober 1918 wohnhaften oder bis 28. Oktober 1918 dort geborenen Personen.

Als Ausdruck des Wunsches der Zugehörigkeit der Bevölkerung zum Deutschen Reich oder zum tschechischen Staat gilt die ein-

fache Mehrheit aller männlichen und weiblichen Abstimmungsberechtigten.

Zur Abstimmung wird aus den näher zu bezeichnenden Gebieten auf beiden Seiten das Militär zurückgezogen. Zeitpunkt und Dauer bestimmen die deutsche und tschechische Regierung gemeinsam.

6. Zur Reglung aller weitern Einzelheiten schlägt die deutsche Regierung die Bildung einer autorisierten deutsch-tschechischen Kommission vor."

Anlage

„Die Übergabe des geräumten sudetendeutschen Gebiets hat zu erfolgen ohne jede Zerstörung oder Unbrauchbarmachung von militärischen, wirtschaftlichen und Verkehrsanlagen, dazu gehören desgleichen die Bodenorganisation des Flugwesens, ebenso alle Funkanlagen.

Das in den bezeichneten Gebieten befindliche wirtschaftliche und Verkehrsmaterial, insbesondere das rollende Material des Eisenbahnnetzes, ist unbeschädigt zu übergeben. Dasselbe gilt für alle Versorgungsmittel (Gasanstalten, Kraftwerke usw.). Endlich ist jeder Abtransport von Lebensmitteln, Gütern, Vieh, Rohstoffen usw. zu unterlassen."

Tschechische Mobilmachung

Wie die tschechische Regierung am 21. Mai auf Gerüchte hin eine Teilmobilisierung durchgeführt hatte, so entschloß sie sich am 23. September, die allgemeine Mobilmachung zu verkünden, indem sie sich zu ihrer Begründung einer Fälschung bediente. Die Mobilmachung der gesamten tschechisch-slowakischen Armee wurde am Abend des 23. Septembers gegen 20 Uhr beschlossen und um 22,20 Uhr durch den Prager Rundfunk mit folgenden Worten aus der Proklamation des Staatspräsidenten Dr. Benesch bekanntgegeben:

„Mitbürger! Der entscheidenste und ernsteste Augenblick ist gekommen. Der Erfolg hängt von jedem von Euch ab. Jeder möge seine ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellen. Seid tapfer und treu! Unser Kampf ist ein Kampf um Recht und Freiheit. Es lebe die Tschecho-Slowakei!"

Von dem Tschecho-Slowakischen Pressebüro wurde in einer Erklärung zu der Mobilmachung u. a. gesagt, daß die Tschecho-Slowakei zu diesen außerordentlichen Maßnahmen gezwungen worden sei durch Nachrichten aus Godesberg, die den Abbruch der Besprechungen zwischen Chamberlain und Hitler gemeldet hätten. Es wäre interessant, die trüben Quellen dieser Nachrichten im einzelnen kennenzulernen. Daß sie nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmten, geht aus dem Verlauf der Godes-

berger Besprechungen, die wir ausführlich dargestellt haben, hervor. Als durch den Prager Rundfunk die Mobilmachung bekanntgegeben wurde, war Chamberlain noch nicht einmal zu der zweiten Besprechung mit dem Führer am Freitagabend im Hotel Dreesen angekommen. Die tschechische Regierung hat aber darüber hinaus noch mitgeteilt, daß die Mobilmachung mit Wissen, auf Anraten und mit Zustimmung der englischen und französischen Regierung beschlossen und verkündet worden sei. Dagegen hat eine amtliche englische Mitteilung den tschechischen Versuch, die Verantwortung für die Mobilmachung den Engländern und Franzosen zuzuschieben, zurückgewiesen. Auch die Times hat sich seinerzeit mit diesem Fall ausführlich befaßt.

Schon am 25. September wurde nämlich in London erklärt, daß die Prager Rundfunkmeldung über die tschechische Mobilisierung einer Richtigstellung bedürfe. Der Befehl zur Mobilmachung sei gegeben worden, bevor irgendwelche Forderungen, die Hitler in Godesberg gestellt habe, in Prag hätten bekannt sein können. Tatsächlich habe bis zum Vorabend der Godesberger Zusammenkunft die britische Regierung der tschechischen Regierung dringend angeraten, nicht zu mobilisieren. Entweder kurz vor oder während der Godesberger Besprechung habe Prag einen Appell nach London gerichtet, worin auf die wachsende Gefahr der militärischen Lage hingewiesen worden sei; in London sei man damals der Ansicht gewesen, daß die britische Regierung keinen weitern Druck auf die tschechische Regierung ausüben könne, um die tschechische Mobilmachung zu verhindern, wenn man nicht die moralische Verpflichtung übernehmen wollte, die Tschecho-Slowakei mit Waffengewalt zu unterstützen, falls deutsche Truppen die Grenze überschritten. Die Antwort, die auf wiederholte Anfragen erteilt worden sei, habe dahin gelautet, daß Großbritannien sich jetzt weder für noch gegen eine Mobilisierung aussprechen könne, die, wenn sie durchgeführt werde, einzig und allein auf die Verantwortung der Prager Regierung erfolge. Die britische Regierung sei jedoch genötigt gewesen, eine Warnung vor den möglichen ernsten Folgen einer Mobilisierung hinzuzufügen. Dieser Meinungsaustausch sei, worauf die Times besonders hinwies, ohne die Kenntnis des Ersten Ministers erfolgt, der sich bereits nach Deutschland begeben hatte. Die Vorschläge Hitlers in Godesberg seien noch unbekannt gewesen, als das Auswärtige Amt in London von der endgültigen Entscheidung der Prager Regierung, zu mobilisieren, unterrichtet worden sei.

Von deutscher Seite ist damals sofort unterstrichen worden,

es sei festzuhalten, daß das Foreign Office in Abwesenheit des Premierministers dem Prager Drängen gegenüber von seinem frühern Standpunkt abging und weder ein Ja noch ein Nein aussprach. Dieser nicht ganz aufgeklärte Vorgang ist wichtig, ebenso wie ein andrer vom 26. September abends, an dem das Foreign Office ebenfalls beteiligt war und worauf wir (S. 39 u. 40) noch eingehen. Daß die tschechische Mobilmachung die Katastrophe hätte einleiten können, ist den Machthabern auf der Prager Burg bekannt gewesen. Aber wahrscheinlich hat man dies Ziel sogar erreichen wollen. Die Atmosphäre war so gespannt, daß irgendein Funke die Entladung herbeiführen konnte.

„Passionswoche des harrenden Europas"

Der Erste Minister Chamberlain flog am 24. September nach London zurück. Er erklärte der Presse gegenüber: „Ich möchte nur das eine sagen: ich vertraue darauf, daß alle Beteiligten in ihren Bemühungen, die tschecho-slowakische Frage auf friedlichem Wege zu lösen, fortfahren werden, weil davon der Friede Europas in unsrer Zeit abhängt." Nachdem schon Ende August in Frankreich militärische Vorbereitungen wie die Einziehung von Reservisten zur Besetzung der Maginot-Linie und am 9. September in England Vorsichtsmaßnahmen zur See getroffen worden waren, wurden nunmehr in beiden Ländern weitere Mobilisierungen durchgeführt. Am 24. September sprach Mussolini in Padua, wobei er zum erstenmal öffentlich den Termin des 1. Oktobers des deutschen Memorandums nannte.

Die Aktivität der Diplomatie stieg aufs höchste. Am Sonntag, dem 25. September, war im Zug des Duce eine Unterredung zwischen ihm und einem Sonderbeauftragten des Führers, der im Flugzeug von München nach Venedig gekommen war. An diesem Sonntag erhielt die britische Regierung durch den tschechischen Gesandten in London die Antwort der tschechischen Regierung, die erklärte, daß sie die Forderungen des deutschen Memorandums für absolut und unbedingt unannehmbar halte. (Cmd. 5847.) Diese Antwort wurde auch den französischen Ministern Daladier und Bonnet mitgeteilt, die in London zu einer neuen Aussprache über die Krise ankamen. Mussolini prägte in seiner Rede in Vicenza am 25. September das treffende Wort, daß die „Passionswoche des harrenden Europas" begonnen habe.

Am Montag, dem 26. September, zeigte sich erneut ein kleiner Hoffnungsschimmer, als bekannt wurde, daß Chamberlain Sir Horace Wilson mit einem persönlichen Brief an den Führer und Reichskanzler auf dem Luftwege nach Berlin geschickt habe, nachdem am Vormittag Chamberlain und Lord Halifax Beratungen mit Daladier und Bonnet gehabt hatten. Die beiden französischen Minister waren also in diesem Jahr bereits zum dritten Male in London. Sie flogen nachmittags nach Paris zurück. Eine amtliche Mitteilung besagte, daß bei der Zusammenkunft zwischen den Ministern der beiden Regierungen eine volle Übereinstimmung über alle Punkte erzielt worden sei. Sir Horace Wilson überreichte den Brief Chamberlains am Montagnachmittag, einige Stunden vor der Rede des Führers im Sportpalast. Chamberlain hat später (in seiner Unterhausrede am 28. September) diesen Schritt, der von den französischen Ministern restlos gebilligt worden war, als „letzte Bemühung zur Erhaltung des Friedens" bezeichnet. In seinem Brief (Cmd. 5847) ging Chamberlain auf die Aufnahme ein, die das deutsche Memorandum in der Tschecho-Slowakei und in der Welt gefunden hatte. Er schlug vor, daß sofortige Aussprachen zwischen deutschen und tschechischen Vertretern und, wenn von beiden Regierungen gewünscht, in Gegenwart von britischen Vertretern erfolgen sollten. Der Führer und Reichskanzler blieb bei der in dem deutschen Memorandum vorgesehenen Prozedur. Am Abend hielt er die von ganz Deutschland und der Welt mit Spannung erwartete Rede im Sportpalast, aus der wir im folgenden die wichtigsten Kernsätze wiedergeben:

„Es steht nun vor uns das letzte Problem, das gelöst werden muß und gelöst werden wird. Es ist die letzte territoriale Forderung, die ich in Europa zu stellen habe. Aber es ist die Forderung, von der ich nicht abgehe...

Ich bin Mr. Chamberlain dankbar für alle Bemühungen. Ich habe ihm versichert, daß das deutsche Volk nichts andres will, als Frieden, allein, daß ich nicht hinter die Grenzen unsrer Geduld zurückgehen kann...

Ebenso will ich nun vor dem deutschen Volk erklären, daß in bezug auf das sudetendeutsche Problem meine Geduld jetzt zu Ende ist...

Ich habe Herrn Benesch ein Angebot gemacht. Es ist nichts andres als die Realisierung dessen, was er selbst schon zugesichert hat. Er hat jetzt die Entscheidung in seiner Hand: **Frieden oder Krieg! Er wird entweder dieses Angebot akzeptieren und den**

Deutschen jetzt endlich die Freiheit geben, oder wir werden diese Freiheit uns selbst holen ...

Ich gehe meinem Volk jetzt voran als sein erster Soldat, und hinter mir — das mag die Welt wissen, marschiert jetzt ein Volk, und zwar ein andres als das vom Jahre 1918 ...

In dieser Stunde wird sich das ganze deutsche Volk mit mir verbinden. Es wird meinen Willen als seinen Willen empfinden, genau so, wie ich seine Zukunft und sein Schicksal als den Auftraggeber meines Handelns ansehe ...

Und so bitte ich dich, mein deutsches Volk, tritt jetzt hinter mich. Mann für Mann, Frau um Frau. In dieser Stunde wollen wir alle einen gemeinsamen Willen fassen ...

Wir sind entschlossen. Herr Benesch mag jetzt wählen!"

Die Welt hielt gewissermaßen den Atem an. Nach der Rede gab Chamberlain eine Erklärung ab, in der es hieß:

Ich habe die Rede des Reichskanzlers gelesen, und ich würdige seine Hinweise auf die Bemühungen, die ich gemacht habe, um den Frieden zu retten. Ich kann diese Bemühungen nicht aufgeben, da es mir unglaublich erscheint, daß die Völker Europas, die keinen Krieg miteinander wollen, in einen blutigen Streit über eine Frage gestürzt werden, über die bereits eine weitgehende Verständigung erzielt worden ist. Offensichtlich hat der Reichskanzler kein Vertrauen darauf, daß die gemachten Versprechungen ausgeführt werden. Diese Zusagen wurden nicht unmittelbar der deutschen Regierung, sondern in erster Linie der britischen und der französischen Regierung gemacht. Als Sprecher der britischen Regierung erkläre ich, daß wir uns für die faire und volle Durchführung der Versprechungen als moralisch verantwortlich betrachten; wir sind bereit, uns zu verpflichten, daß sie mit aller verständigen Schnelligkeit durchgeführt werden. Voraussetzung ist, daß die deutsche Regierung sich bereit erklärt, die Reglung der Bestimmungen und der Bedingungen der Übertragung auf dem Wege der Verhandlung und nicht mit Gewalt vorzunehmen. Ich vertraue darauf, daß der Kanzler diesen Vorschlag nicht zurückweist, den ich in demselben Geist der Freundschaft mache wie der, in dem ich in Deutschland empfangen wurde, und der, wenn er angenommen wird, den deutschen Wunsch nach der Vereinigung der Sudetendeutschen mit dem Reich ohne Blutvergießen in irgendeinem Teil Europas befriedigt.

Am späten Abend wurde in London amtlich mitgeteilt, falls trotz aller Bemühungen des britischen Ersten Ministers ein deutscher Angriff auf die Tschecho-Slowakei erfolge, so werde das sofortige Ergebnis das sein, daß Frankreich gezwungen würde, der Tschecho-Slowakei Beistand zu leisten, und daß Großbritannien und Rußland bestimmt an der Seite Frankreichs sein würden. Diese Mitteilung des Foreign Office war auffallend. Mit ihr hat sich die öffentliche Erörte-

rung wiederholt befaßt. Man hat vereinzelt auch die Frage aufgeworfen, ob es sich hier nicht um eine Fälschung handle. Fabre-Luce, der in seiner Broschüre (siehe S. 2) die europäische Krise mit einem Pokerspiel vergleicht, aber nicht zwischen dem Führer, dem Duce, Chamberlain und Daladier, sondern zwischen Hitler, Mussolini und der Friedens- und Kriegspartei in England und in Frankreich, vertritt die Auffassung, diese Mitteilung sei zwar authentisch, die Irreführung bestünde aber darin, daß sie als Meinung der britischen Regierung ausgegeben worden sei, während die Richtung Winston Churchill dahintergestanden habe. Tatsache ist, daß diese Verlautbarung abends gegen 21 Uhr von dem Leiter der Presseabteilung im Auswärtigen Amt, Leeper, der Presse übergeben worden ist. Von verschiedenen Seiten, u. a. auch von Churchill, der im Foreign Office eine Unterhaltung mit Lord Halifax hatte, war bei der Regierung angeregt worden, auf Rußland hinzuweisen, zweifellos, um einen gewissen Druck auszuüben. Aber anderseits ist es doch wohl etwas unwahrscheinlich, daß Chamberlain über die Erklärung und ihren Inhalt nicht vorher unterrichtet worden ist. Immerhin zeigen sich gewisse Parallelen zu den (S. 37) dargestellten Vorgängen im Foreign Office bei der Erklärung der allgemeinen tschechischen Mobilmachung. Ganz aufgeklärt sind jedenfalls die Zusammenhänge, die zu der Verlautbarung des Foreign Office am Abend des 26. Septembers geführt haben, noch nicht.

Das Interesse der Vereinigten Staaten an der europäischen Krise fand seinen Niederschlag in einem Telegramm des Präsidenten Roosevelt, das er am 26. September an den Führer und im gleichen Wortlaut auch andern europäischen Staatsmännern sandte. In seiner Antwort (vom 27. September) wies der Führer darauf hin, daß die deutsche Regierung es wahrlich weder an Geduld noch am aufrichtigen Willen zur friedlichen Verständigung habe fehlen lassen ... Das furchtbare Schicksal der von dem sudetendeutschen Problem betroffenen Menschen lasse einen weitern Aufschub seiner Lösung nicht mehr zu. Die Möglichkeiten, durch Vereinbarungen zu einer gerechten Reglung zu gelangen, seien deshalb mit den Vorschlägen des deutschen Memorandums erschöpft. Nicht in der Hand der deutschen Regierung, sondern in der Hand der tschecho-slowakischen Regierung allein liege es nunmehr, zu entscheiden, ob sie den Frieden oder den Krieg wolle. In seiner Rede in Verona (26. September) sagte Mussolini, es seien noch einige Tage Zeit, um die friedliche Lösung zu finden. Breche aber ein Konflikt aus, so werde er zunächst

lokalisiert. Er glaube immer noch, daß sich Europa nicht bloß mit Feuer und Schwert überziehe, um in diesem Feuer umzukommen, lediglich, um das faule Ei von Prag zu kochen. Komme es aber dazu, daß der Konflikt Italien direkt angehe, dann würde es kein Zögern kennen oder zulassen. Es sei zwecklos, daß die Diplomaten sich noch weiter darum bemühten, Versailles zu retten.

Der britische Erste Minister hielt am 27. September abends eine Rundfunkrede an die englische Nation und an das Empire, in der er an der deutschen Haltung Kritik übte. Er würde, so führte er u. a. aus, nicht zögern, auch noch einen dritten Besuch in Deutschland zu machen, wenn er der Ansicht wäre, daß er irgendetwas nützen würde. Im Augenblick fühle er, daß er nichts Nützliches mehr auf dem Weg der Vermittlung tun könne. Wie sehr auch die englischen Sympathien auf der Seite einer kleinen Nation sein möchten, die sich einem großen und mächtigen Nachbar gegenüber sähe, so könne die Regierung es dennoch nicht auf sich nehmen, allein um ihretwillen das gesamte Empire unter allen Umständen in einen Krieg zu verwickeln. Wenn England kämpfen müsse, so müsse es um größere Fragen gehen als um diese. Aber der Krieg sei etwas Furchtbares, und England müsse sich, bevor es sich darauf einlasse, ganz klar darüber sein, daß es wirklich um die großen Dinge gehe, und daß die Aufforderung, alles zu ihrer Verteidigung zu wagen, auch nach genauer Abwägung aller Folgen unabweisbar sei. Er bat das britische Volk, die Ereignisse der nächsten Tage so ruhig wie nur möglich abzuwarten. Solange der Krieg noch nicht begonnen habe, sei noch immer Hoffnung, daß er vermieden werden könne; er werde bis zum letzten Augenblick für den Frieden arbeiten. In der Rede teilte Chamberlain auch mit, daß die Flugabwehreinheiten und andre Einheiten der territorialen Armee zum Dienst aufgerufen worden seien. Am selben Tag wurde durch eine britische Kabinettsorder der Zustand dringender Bereitschaft erklärt und die Einberufung der Verteidigungseinheiten der Hilfsluftstreitkraft genehmigt. Die Admiralität teilte mit, daß die Flotte als Vorsichtsmaßnahme mobilisiert worden sei.

Am 27. September kehrte Sir Horace Wilson mit einer Antwort des Führers auf den Brief Chamberlains vom 26. September nach London zurück. Der Führer bezog sich auf seine Rede vom Montagabend, in der er klar zum Ausdruck gebracht habe, daß er unter den von ihm gestellten Bedingungen bereit sei, für den Rest der Tschecho-Slowakei eine formelle Garantie

zu geben. Er müsse aber annehmen, daß die Prager Regierung seinen Vorschlag der Besetzung durch deutsche Truppen nur benutzen wolle,

um durch Verdrehung der Bedeutung und des Zwecks dieses Vorschlags diejenigen Kräfte in andern Ländern zu mobilisieren, bei denen sie auf vorbehaltlose Unterstützung ihres Zieles hoffe und so die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges zur Verwirklichung bringen wolle.

Er überlasse es dem Urteil Chamberlains, ob er angesichts dieser Tatsache glaube, seine Bemühungen, für die er ihm bei dieser Gelegenheit noch einmal herzlich danke, fortsetzen zu sollen, um solche Machenschaften zu zerstören und die Prager Regierung in letzter Stunde zur Vernunft zu bringen. Darauf entschloß sich Chamberlain, einen neuen Brief an den Führer zu richten, der eine persönliche Botschaft darstellt. Damit kommen wir zu dem Höhepunkt der Krise, dem 28. September.

Höhepunkt und Umschwung

In seiner persönlichen Botschaft an den Führer und Reichskanzler vom 28. September (Cmd. 5848) erklärte sich Chamberlain bereit, noch einmal nach Berlin zu kommen, um Vereinbarungen über Gebietsabtretungen mit dem Führer und Vertretern der tschechischen Regierung zu erörtern, und wenn der Führer es wünsche, zusammen mit Vertretern Frankreichs und Italiens. Er sei überzeugt, daß ein Abkommen innerhalb einer Woche erreicht werden könne. Gleichzeitig sandte Chamberlain (auch unter dem 28. September) eine persönliche Botschaft an Mussolini, in der er auf seinen neuen Brief an den Führer hinwies. Er hoffe zuversichtlich, so sagte er weiter, Mussolini werde den deutschen Kanzler unterrichten, daß er bereit sei, vertreten zu sein und ihm die Annahme seines (Chamberlains) Vorschlags nahezulegen, durch den die Völker von einem Krieg verschont würden.

Neben diesen neuen Schritten Chamberlains lief noch eine andre Aktion, über die der französische Ministerpräsident Daladier in der französischen Kammer am 4. Oktober folgende Mitteilungen gemacht hat: In der Nacht vom 27. auf den 28. September hat Daladier dem französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet, die Weisung gegeben, um eine persönliche Audienz beim Reichskanzler nachzusuchen. Gleichzeitig hat er durch den französischen Botschafter in London Lord Halifax ersucht, den britischen Botschafter in Rom anzuweisen,

Mussolini zu bitten, dem Gedanken, eine Konferenz einzuberufen, seine Unterstützung zu geben.

Mussolini hat sich auf den Schritt des britischen Botschafters in Rom hin sofort mit dem italienischen Botschafter in Berlin, Attolico, in Verbindung gesetzt und ihm, wie Graf Ciano in seiner Kammerrede am 30. November mitgeteilt hat, folgenden Auftrag gegeben:

„Begeben Sie sich sofort zum Führer und erklären Sie unter Vorausschickung, daß ich in jedem Fall mit ihm sein werde, daß ich ihm vorschlage, den Beginn der Operationen um 24 Stunden zu verschieben. In der Zwischenzeit werde ich nach Mitteln und Wegen für eine Lösung des Problems suchen und sie vorschlagen"

Chamberlain hat im Unterhaus erklärt, daß der Führer und Reichskanzler den britischen Beauftragten, Sir Horace Wilson, davon unterrichtet habe, er sei am 28. September um 14 Uhr zum Handeln entschlossen, und zwar deswegen, weil Prag die deutschen Forderungen abgelehnt hatte. Während der Unterredung zwischen dem Führer und dem französischen Botschafter am 28. September vormittags machte der italienische Botschafter den ihm aufgetragenen Besuch in der Reichskanzlei. Der Vorschlag des Duce, die Operationen um vierundzwanzig Stunden zu verschieben, wurde angenommen. Eine zweite Botschaft des Duce an den Führer nahm u. a. Bezug auf den Brief, den Chamberlain unter dem 28. September an den Führer und Reichskanzler gerichtet hatte (siehe S. 42). Diese Vorschläge Chamberlains bezeichnete der Duce in seiner neuen Botschaft als annehmbar, wobei er sich bereit erklärte, an der Besprechung teilzunehmen, und bemerkte, er sei überzeugt, „daß Hitler diesmal einen Erfolg erreichen werde, den er (Mussolini) vom konkreten Standpunkt wie vom Standpunkt des Prestiges in der Welt grandios zu nennen nicht zögere" Um 15 Uhr konnte der Botschafter Attolico nach Rom mitteilen, daß der Führer den Vorschlag annehme, allerdings unter der grundsätzlichen Bedingung der Anwesenheit des Duce, die als einzige Gewähr des Gelingens angesehen wurde. Dem Duce wurde die Wahl überlassen, ob die Konferenz in München oder in Frankfurt am Main sein solle. Der Duce entschied sich für München. So erfolgte die Einladung Mussolinis, Chamberlains und Daladiers nach München, wo am 29. September die denkwürdige Zusammenkunft der Vertreter der vier Großmächte zustande kam. Mit der Mitteilung über diese Konferenz trat in Europa und in der Welt eine allgemeine Entspannung ein, da man sich der Hoffnung hingab, daß die Kriegsgefahr nunmehr beseitigt war.

Das Münchner Abkommen

Von der Bevölkerung aufs herzlichste begrüßt, trafen die vier Staatsmänner in München ein. In den Verhandlungen am 29. September kam es zu einer Einigung, die in der Nacht vom 29. auf den 30. September in ihren Einzelheiten bekannt wurde und damit die allgemeine Entspannung vollendete. Das Münchner Abkommen vom 29. September hat folgenden Wortlaut:

„Deutschland, das Vereinigte Königreich von Großbritannien, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte.

1. Die Räumung beginnt am 1. Oktober.

2. Das Vereinigte Königreich von Großbritannien, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebiets **bis zum 10. Oktober** vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und daß die tschecho-slowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.

3 Die Modalitäten der Räumung werden im einzelnen durch einen Internationalen Ausschuß festgelegt, der sich aus Vertretern Deutschlands, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien, Frankreichs, Italiens und der Tschecho-Slowakei zusammensetzt.

4 Die etappenweise Besetzung des vorwiegend deutschen Gebiets durch deutsche Truppen beginnt am 1. Oktober. Die vier (auf der anliegenden Karte) bezeichneten Gebietsabschnitte werden in folgender Reihenfolge durch deutsche Truppen besetzt:

Der mit I bezeichnete Gebietsabschnitt am 1. und 2 Oktober;
der mit II bezeichnete Gebietsabschnitt am 2. und 3. Oktober;
der mit III bezeichnete Gebietsabschnitt am 3., 4. und 5. Oktober;
der mit IV bezeichnete Gebietsabschnitt am 6. und 7 Oktober.

Das restliche Gebiet vorwiegend deutschen Charakters wird unverzüglich von dem obenerwähnten Internationalen Ausschuß festgestellt und bis zum 10. Oktober durch deutsche Truppen besetzt werden.

5. Der in Paragraph 3 erwähnte Internationale Ausschuß wird die Gebiete bestimmen, in denen eine Volksabstimmung stattfinden soll. Diese Gebiete werden bis zum Abschluß der Volksabstimmung durch internationale Formationen besetzt werden. Derselbe Ausschuß wird die Modalitäten fest-

legen, unter denen die Volksabstimmung durchgeführt werden soll, wobei die Modalitäten der Saarabstimmung als Grundlage zu betrachten sind. Der Ausschuß wird ebenfalls den Tag festsetzen, an dem die Volksabstimmung stattfindet: Dieser Tag darf jedoch nicht später als Ende November liegen.

6. Die endgültige Festlegung der Grenzen wird durch den Internationalen Ausschuß vorgenommen werden. Dieser Ausschuß ist berechtigt, den vier Mächten Deutschland, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien, Frankreich und Italien in bestimmten Ausnahmefällen geringfügige Abweichung von der streng ethnographischen Bestimmung der ohne Volksabstimmung zu übertragenden Zonen zu empfehlen.

7. Es wird ein Optionsrecht für den Übertritt in die abgetretenen Gebiete und für den Austritt aus ihnen vorgesehen. Die Option muß innerhalb von sechs Monaten, vom Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens an, ausgeübt werden. Ein deutsch-tschecho-slowakischer Ausschuß wird die Einzelheiten der Option bestimmen, Verfahren zur Erleichterung des Austauschs der Bevölkerung erwägen und grundsätzliche Fragen klären, die sich aus diesem Austausch ergeben.

8. Die tschecho-slowakische Regierung wird innerhalb einer Frist von vier Wochen, vom Tage des Abschlusses dieses Abkommens an, alle Sudetendeutsche aus ihren militärischen und polizeilichen Verbänden entlassen, die diese Entlassung wünschen. Innerhalb derselben Frist wird die tschecho-slowakische Regierung sudetendeutsche Gefangene entlassen, die wegen politischer Delikte Freiheitsstrafen verbüßen."

Zusätzliche Erklärung

Die Regierungschefs der vier Mächte erklären, daß das Problem der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschecho-Slowakei, sofern es nicht innerhalb von drei Monaten durch eine Vereinbarung unter den betreffenden Regierungen geregelt wird, den Gegenstand einer weitern Zusammenkunft der hier anwesenden Regierungschefs der vier Mächte bilden wird.

Zusatz zu dem Abkommen

Seiner Majestät Regierung im Vereinigten Königreich von Großbritannien und die französische Regierung haben sich dem vorstehenden Abkommen angeschlossen auf der Grundlage, daß sie zu dem Angebot stehen, welches in Paragraph 6 der englisch-französischen Vorschläge vom 19. September enthalten ist, betreffend eine internationale Garantie der neuen Grenzen des tschecho-slowakischen Staates gegen einen unprovozierten Angriff.

Sobald die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschecho-Slowakei geregelt ist, werden Deutschland und Italien ihrerseits der Tschecho-Slowakei eine Garantie geben.

Zusätzliche Erklärung

Die vier anwesenden Regierungschefs sind sich darüber einig, daß der in dem heutigen Abkommen vorgesehene Ausschuß sich aus dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, den in Berlin beglaubigten Botschaftern Englands, Frankreichs und Italiens und einem von der tschecho-slowakischen Regierung zu ernennenden Mitglied zusammensetzt.

Alle Fragen, die sich aus der Gebietsübergabe ergeben, gelten als zur Zuständigkeit des Internationalen Ausschusses gehörig.

Die deutsch-englische Erklärung

Darüber hinaus wurde das Ergebnis einer längern Besprechung zwischen dem Führer und Chamberlain in folgender Erklärung vom 30. September niedergelegt, wodurch das Münchner Abkommen in seiner gesamteuropäischen Bedeutung noch unterstrichen wurde:

„Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder und für Europa ist.

Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unsrer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.

Wir sind entschlossen, auch andre Fragen, die unsre beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen."

Die deutsch-französische Erklärung

Am 6. Dezember kam es zu einer ähnlichen Erklärung zwischen Deutschland und Frankreich, die folgenden Wortlaut hatte:

„Der deutsche Reichsminister des Auswärtigen, Joachim von Ribbentrop, und der französische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Georges Bonnet, haben bei ihrer Zusammenkunft in Paris am 6 Dezember 1938 im Namen und im Auftrag ihrer Regierungen folgendes vereinbart:

1. Die deutsche Regierung und die französische Regierung sind übereinstimmend der Überzeugung, daß friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eines der wesentlichsten Elemente der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa und der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens darstellen. Beide Regierungen werden deshalb alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß eine solche Gestaltung der Beziehungen zwischen ihren Ländern sichergestellt wird.

2. Beide Regierungen stellen fest, **daß zwischen ihren Ländern keine Fragen territorialer Art mehr schweben, und erkennen feierlich die Grenze zwischen ihren Ländern, wie sie gegenwärtig verläuft, als endgültig an.**

3. Beide Regierungen sind entschlossen, vorbehaltlich ihrer besondern Beziehungen zu dritten Mächten, in allen ihre beiden Länder angehenden Fragen in Fühlung miteinander zu bleiben und in eine Beratung einzutreten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte.

Zu Urkund dessen haben die Vertreter der beiden Regierungen diese Erklärung, die sofort in Kraft tritt, unterzeichnet."

*

Auf die in dem Münchner Abkommen vorgesehene **Volksabstimmung** zur endgültigen Festsetzung der deutsch-tschechischen Grenze wurde durch einstimmigen Beschluß des Internationalen Ausschusses am 13. Oktober verzichtet. — Die tschechoslowakisch-ungarische Grenze wurde durch den **deutsch-italienischen Schiedsspruch** in Wien am 2. November endgültig festgesetzt.

Weltgeschichtliche Wandlungen

Bei der Rückkehr von München wurden die vier Staatsmänner von der Bevölkerung umjubelt und gefeiert. Schon bald jedoch fiel ein Rauhreif auf die gehobene Stimmung. Neben der natürlichen Reaktion machte sich in Frankreich und in Großbritannien die innerpolitische Opposition bemerkbar. Sie sprach von einer „Niederlage" und von einer „Kapitulation" Frankreichs und Englands vor den autoritären Staaten, insbesondere vor Deutschland. Der Erste Lord der Admiralität, Duff Cooper, trat am 1. Oktober zurück, weil er mit der auswärtigen Politik der Regierung nicht einverstanden war. In der französischen Kammer und im englischen Unterhaus mußte sich die Regierung immer wieder der Opposition gegenüber zur Wehr setzen. Bei der Abstimmung in der französischen Kammer am 5. Oktober wurde Daladier mit 535:75 Stimmen (darunter 73 Kommunisten) das Vertrauen ausgesprochen, während in der Schlußsitzung des Unterhauses am 6. Oktober der Antrag auf Billigung

der Politik Chamberlains mit 366:144 Stimmen angenommen wurde. Es ist Tatsache, daß trotz des Abkommens von München das Rüstungstempo noch beschleunigt worden ist, wobei vielfach nach der Parole gehandelt wird: „Durch Aufrüstung zur Rüstungsangleichung."

Das Schicksal hat in der Septemberkrise laut und vernehmlich an die Tore Europas gepocht, so laut, daß wir alle dies Pochen noch heute hören. Europa stand vor einem Krieg. Die Diktate von 1919, die den Weltkrieg beenden sollten, hatten gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und gegen die Gerechtigkeit verstoßen, wofür man angeblich zu Felde gezogen war. Die Verteidiger dieser Verträge wollten nicht einsehen, daß die Geschichte über diese Vergewaltigungen hinwegging oder schon hinweggegangen war Allerdings, wenn hinter dem deutschen Recht nicht der Wille und die Möglichkeit gestanden hätten, es auch mit Gewalt zu erzwingen, dann wäre man auf der andern Seite wohl nicht oder nicht so schnell bereit gewesen, nachzugeben. Der an manchen Stellen immer noch umgehende Geist von Versailles hält die Sinne vernebelt und läßt viele nicht klar erkennen, was sich geändert hat und was geworden ist: nämlich ein neues Deutschland, das, gestützt auf seine Freundschaft mit Italien und Japan, Revisionen von solchem Ausmaß durchgeführt hat, wie man sie vorher nicht für möglich gehalten hätte. Der Führer und Reichskanzler hat durch seine geschickte, kluge und sichere Außen- und Wehrpolitik und durch die geschlossene, opferbereite nationalsozialistische Volksgemeinschaft Erfolge erzielt, die wie auch Mussolini gesagt hat, grandios zu nennen sind. Was aber kaum vorstellbar war — diese Erfolge sind nicht durch Kriege errungen worden, sondern auf friedlichem Wege, wenn auch die Gefahr eines militärischen Konfliktes zeitweise groß war. In dem Wettlauf zwischen Krieg und Frieden hat der Friede gesiegt. Das Jahr 1938 hat nicht nur den Traum unsrer Väter und Großväter verwirklicht und Großdeutschland geschaffen, sondern auch weitere Vergewaltigungen, die dem deutschen Volk durch die Friedensdiktate angetan worden waren, beseitigt und Deutschland wieder zu einer Großmacht ersten Ranges gemacht. Die vollzogene Wandlung in der europäischen Politik und ihre Ausstrahlungen auf die gesamte Weltpolitik sind von uns, den Mitlebenden, kaum zu erfassen und zu deuten. Erst spätere Generationen werden noch klarer erkennen, daß in dem ereignisreichen Jahr 1938 weltgeschichtliche Taten vollbracht worden sind.